Nr. 267. Donnerstag, den 14. November 1889. 6. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)
Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die permanente Beschlußunfähigkeit des Reichstags.

Ein kläglicheres Schauspiel, als die Vertretung der deutschen Nation dem Besucher der Reichstagstribüne bietet, ist kaum denkbar.

Auf fünfzig bis sechszig, im günstigsten Fall auf hundert Sitzen von 397 sieht man die Volksvertreter den Verhandlungen anwohnen, alle übrigen Plätze gähnen von Leere und erzeugen bei dem Zuschauer ein unheimliches Frösteln.

Mit Ausnahme des dritten Tages nach Einberufung des Reichstags, an welchem endlich mit Ach und Krach das Haus beschlußfähig wurde, um die Bureauwahl vornehmen zu können, hat der Reichstag kein beschlußfähiges Haus gesehen, und täuscht nicht alles, so wird er auch sobald kein solches sehen.

Ein traurigeres Bild hat nie ein Reichstag gesehen, als ihn der jetzige Kartellreichstag bietet. Von dem Eifer und der Erregung, welche die Wahlen des Februar 1877 beseelte, ist keine Spur mehr geblieben, müde und matt, von der grenzenlosesten Gleichgültigkeit ergriffen, bleibt die große Mehrheit den Verhandlungen fern.

Was immer auf der Tagesordnung steht, es rührt sie nicht. Etatsberathung, Berathung des Sozialistengesetzes, die wichtigsten Fragen, welche die Nation berühren, sie lassen die Mehrheit kalt; sie thut, als gingen sie alle diese Fragen nichts an und als sei es vollständig gleichgültig, wie sie entschieden würden.

Weniger gewissenhaft, wie der Kartellreichstag, hat noch nie eine Volksvertretung ihre Pflichten erfüllt, drastischer hat noch keine ihre eigene Bedeutungslosigkeit eingestanden und anerkannt.

Der Haltung der Mehrheit entsprachen ihre Redner. Die Etatsrede des Herrn von Bennigsen war eine Lobrede auf Zustände in Deutschland, die — nicht existiren. Sie war eine Selbsttäuschung von Anfang bis zu Ende, eine Verherrlichung dessen, was ist und was verlangt wird; sie bedeutete die absolute Unterwerfung unter den Regierungswillen.

Auf ähnlicher Höhe standen die Reden der Herren von Cuny und Kulemann in der Sozialistengesetzdebatte. Unglücklicher konnte die nationalliberale Partei nicht debutiren, als mit diesen beiden in der Wolle gefärbten Reaktionären, die nur die Impotenz repräsentiren. Wenn die Beiden nicht geredet hätten, konnte die Unklarheit über das, was die Nationalliberalen mit dem Sozialistengesetz wollen, auch nicht größer sein wie jetzt.

Aus dieser feigen Zurückhaltung, die weder den Muth hat, zu sagen was man will, noch was man nicht will, ergiebt sich aber auch die unbehagliche Stimmung, welche die stärkste der Kartellparteien beseelt und in dem Nichtbesuch des Reichstags ihren Ausdruck findet.

Die „Magdeb. Ztg.“ zerbricht sich, wie wir gestern bereits bemerkten und wie wir an anderer Stelle heute noch weiter ausführen, den Kopf, woher die „Parlamentsmüdigkeit“ komme, die die Mitglieder aller Parteien befallen habe, und wundert sich, daß selbst Verhandlungen, wie die über das Sozialistengesetz, keinen Reiz für die Mitglieder des Reichstages mehr hatte, obgleich es bei solchen Verhandlungen an sensationellen Auftritten nicht fehle.

Die „Parlamentsmüdigkeit“ liegt in dem Gefühl der vollkommenen Ohnmacht, das die Mitglieder des Reichstags beherrscht; sie haben kein Ziel mehr, für das sie kämpfen, und die Stelle eines Prüfungsausschusses, der schließlich nur prüft und gut heißt, was die Regierung verlangt, hat zu wenig Reiz, um die Opfer zu bringen, welche die parlamentarische Thätigkeit von dem Einzelnen erfordert.

Wie die deutsche Bourgeoisie aus Furcht vor der Sozialdemokratie politisch rascher abgewirthschaftet hat, wie die Bourgeoisie jedes anderen Landes der Welt, so ist auch die politische Form ihrer Herrschaft, der Parlamentarismus, schon in die Brüche gegangen, noch ehe er zur vollen Blüthe gelangte.

Vor Jahr und Tag brachte die nationalliberale „Weserzeitung“ eine Notiz, wonach ein Deutsch-Amerikaner, der nach langer Abwesenheit aus Deutschland wieder den heimathlichen Boden betrat, sich über die Greisenhaftigkeit entsetzte, die ihm in Deutschland überall begegne.

Das ist das rechte Wort für unsere öffentlichen Zustände. Von Greisenhaftigkeit ergriffen ist die Wirksamkeit unserer herrschenden Klassen, wohin wir blicken. Nirgendwo existirt mehr eine Freudigkeit am Schaffen, ein Streben nach Vervollkommnung und höherer Entwickelung. Müde und träge schleicht man dahin und verrichtet das auferlegte Pensum, weil man muß.

Sie haben den Glauben an sich selbst verloren, und wo dieser verloren ist, da hört auch die Spannkraft auf. Außerdem fühlt man nur zu gut die erbärmliche Lage in der man sich befindet. Ausnahmegesetze zu fabriziren gegen politische Gegner, welchen man innerlich in vielem recht geben muß, ist ein Handwerk, das den Geist degradirt, den Charakter verdirbt und die eigene Würde untergräbt.

Wer zu diesem Mittel greift, dessen Uhr ist abgelaufen. Sein moralischer Tod ist besiegelt.

So begreift sich die „Parlamentsmüdigkeit“, die den Deutschen Reichstag, als die Vertretung der herrschenden Klassen, ergriffen hat. Es ist das Gefühl der Ohnmacht und des Ekels vor sich selbst, das in seiner permanenten Beschlußunfähigkeit zum Ausdruck kommt.

Wenn aber dieser Reichstag nach dreijähriger Dauer schon in der vollständigsten Auflösung begriffen ist, was soll erst werden, wenn er eine fünfjährige Dauer vor sich hat?

Diese Frage mögen sich diejenigen beantworten, welche die fünfjährigen Wahlperioden als eine Nothwendigkeit für die „größere Würde“ des Reichstags beschlossen haben.

Korrespondenzen.

Paris, 9. November. Während über der Oberfläche des politischen Lebens Frankreichs augenblicklich tiefe Windstille lagert, und die Journalisten in Verzweiflung über die saure Gurkenzeit die Blätter mit Interviews aller möglichen und unmöglichen Personen füllen, geht unter der Hand das alte Koulissengezänk und die Kouloirpolitik ihren Gang, noch ehe die Kammer zusammengetreten ist. Im Mittelpunkt der parlamentarischen Ränke steht das Spiel „Suchen und Finden“, an dem sich monarchistische Konservative und republikanische Konservative seit der Wahl ergötzen. Nachdem Letztere bewiesen, wie wenig Aussicht eine dynastische Restauration in Frankreich hat, sind die Monarchisten ganz bereit, mit Anschluß an den Centre gauche und die Oppoctunisten eine konservative Regierungsmajorität zu bilden. Achtzehn Jahre Republik unter Vorherrschaft der das bewegliche Großkapital repräsentirenden „Gemäßigten“ haben ihnen bewiesen, daß abgesehen von den dynastischen Momenten, ihre konservativen Ideale und Sonderinteressen in der konservativen Republik nach dem Herzen der Thiers, Leon Say und anderer Ferry ganz gut ihre Rechnung finden. Die gemäßigten Republikaner wie die Monarchisten haben ein Moment und zwar das tonangebende, ausschlaggebende gemeinsam: das Konserviren der Klassenprivilegien und der darauf abzielenden Einrichtungen. Ein Hand in Hand gehen beider politischer Parteien ist aber ganz gut möglich, beide marschiren nach dem gleichen Ziel. Allerdings wollen sich die Konservativen der Rechten nicht mir nichts, dir nichts mit der Republik aussöhnen, sondern verlangen, daß ihnen ein Pfand des Konservatismus gegeben wird: Reform des Schulgesetzes, Reform des Militärgesetzes im klerikalen Sinne. Die Konservativen der Linken thun zur Zeit noch, als könnte von Konzessionen an die Rechte, von einer Modifikation der genannten Gesetze, des eigensten Werks der Republik, nicht die Rede sein. Da sie aber allein keine Regierungsmajorität bilden und entweder nach rechts oder nach links Anschluß suchen müssen, bei der bloßen Idee einer Linksschwenkung jedoch schon in einen wahren Entrüstungstaumel gerathen, so ist es so gut wie sicher, daß sie mit den Monarchisten Fühlung nehmen, und wenn auch nicht der Form, so doch dem Wesen nach Konzessionen in der angedeuteten Richtung machen. Die Deklamationen der Gemäßigten, daß sie nun und nimmer Konzessionen an die Rechte machen würden, um so weniger, da sie deren Beistand entbehren könnten, erinnert lebhaft an das „wir gehen nicht nach Kanossa“, welches in Deutschland die nationalliberalen Spatzen zur Zeit des Kulturkampfes von allen Dächern pfiffen, um dann im Schleptau des Reichskanzlers nicht nur nach Kanossa, sondern noch viel weiter zu gehen. Abgesehen davon, daß sich die Opportunisten republikanisch etikettiren, während die Nationalliberalen ihren „Männer-

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.] [28

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Ziegler.

Jeanlin, welcher die Thür schloß, war zurückgeblieben; er bückte sich, blickte auf die Pfütze, in der er watete, dann, wieder seine Lampe hebend, sah er zur Decke hinauf und bemerkte, daß die Pfosten unter dem stetig hervorsickernden Wasser nachgegeben hatten. Ein Häuer, den die ganze Grube unter dem Namen Chicot kannte, kam vorüber; denn seine Frau lag im Wochenbett, und er war früher aufgebrochen als die Kameraden, um zu ihr zu eilen. Auch er besichtigte die schadhafte Stelle. Endlich schickte Jeanlin sich an, den Kohlenzug einzuholen — als plötzlich mit furchtbarem Krachen die Decke zusammenbrach und Knaben und Häuer unter einem Berg von Geröll begrub. Es folgte eine bange Stille; die Gewalt des Erdsturzes jagte dichten Staub durch die Wege, und die Bergleute rannten von allen Arbeitsplätzen herbei; ihre Lampen hüpften erschreckt durch die dicke Wolke von Schutt und Erde, welche die Männer blendete und ihnen den Athem benahm. Die Ersten, welche am Unglücksplatze anlangten, riefen Andere heran. Auch auf der entgegengesetzten Seite der Galerie, die der Einsturz versperrte, kamen Arbeiter zur Stelle, und man konstatirte, daß die Decke vielleicht in einer Länge von zehn Metern herabgebrochen sei. Der Schaden war höchst unbedeutend; aber plötzlich schnürte es all den Männern die Brust zusammen, aus den Trümmern ein röchelndes Stöhnen zu ihnen emporbrang.

Bébert hatte seinen Wagen im Stich gelassen, war zurückgelaufen und rief:

„Jeanlin ist darunter! Jeanlin ist darunter!“

Im selben Augenblicke kam Maheu mit Zacharias und Stephan. Eine wahnsinnige Verzweiflung packte ihn, aber er brachte nichts hervor wie:

„Donnerwetter! Donnerwetter! Donnerwetter!“

Auch die Mädchen, Katharina, Lydia, Mouquette und Andere waren herbeigeeilt und schrieen und weinten inmitten der Verwirrung, die durch die staubschwere Dunkelheit noch vermehrt ward. Man wollte sie zum Schweigen bringen, aber bei jedem neuen Röcheln, welches unter dem Schutt hervorquoll, brachen sie wieder in ihr lärmendes Klagen aus.

Der Aufseher Richomme kam endlich ebenfalls an den Unglücksort, verzweifelt, daß weder Négrel noch Dansaert in der Grube anwesend waren. Er legte sich auf den Fußboden, hielt das Ohr an das herabgefallene Gestein und erklärte, das sei keine Kinderstimme es müsse ein Mann darunter begraben sein. Maheu nannte Jeanlin bei Namen, doch keine Antwort erfolgte; der Fels mochte den Jungen zerschmettert haben. Aber immer noch hörte man dasselbe monotone Röcheln unter den Steinen hervor. Man rief dem vergrabenen Manne zu, fragte ihn, wer er sei; nichts antwortete als dieser ächzende Sterbelaut.

„Beeilen wir uns!“ rief Richomme. „Plaudern können wir nachher!“

Von beiden Seiten fingen die Arbeiter an mit Hacke und Schaufel zu graben. Chaval arbeitete, ohne ein Wort zu reden, zwischen Maheu und Stephan, während Zacharias die Wegschaffung des Gerölls dirigirte. Die Feierabendstunde war gekommen; keiner von den Männern hatte gegessen, doch nicht Einer dachte an seine Suppe, so lange sich die Kameraden in Gefahr befanden. Aber es fiel ihnen ein, daß das Dorf sich beunruhigen möchte, wenn Niemand heimkehrte, und man schlug vor, die Mädchen vorauszuschicken. Jedoch weder Katharina, noch die Mouquette, noch selbst Lydia mochten sich entfernen; sie wollten bleiben, wollten helfen und wissen, ob die Verschütteten noch am Leben seien. Da übernahm Levaque die Botschaft: er werde erzählen, daß ein Erdsturz einen Weg verschüttet habe und daß man den Schaden wieder ausbessere. Es war fast vier Uhr. In weniger als einer Stunde hatten die Arbeiter geleistet, was sonst einen Tag erfordert haben würde. Schon wäre die Hälfte des Schuttes fortgeräumt gewesen, wenn nicht immer neues Gestein von oben nachstürzte. Maheu arbeitete mit wild hartnäckiger Verzweiflung, und wenn Jemand ihn ablösen wollte, stieß er ihn mit grimmem Zorn zurück.

„Wir kommen auf den Grund,“ rief Richomme; „vorsichtig, damit wir sie nicht ums Leben bringen!“

In der That, das Röcheln wurde immer vernehmlicher, und dieser unaufhörliche Schmerzenston war es, der die Arbeiter führte. Jetzt schien es unmittelbar unter ihren Hacken hervorzustöhnen. Plötzlich verstummte es!

Niemand sagte ein Wort. Alle hatten den kalten Schatten des Todes durch das Dunkel vorbeistreifen gefühlt. Sie gruben mit verdoppeltem Eifer; der Schweiß rann ihnen von der Stirn, ihre Muskeln spannten sich, als wollten sie zerspringen. Man legte einen Fuß bloß, und jetzt arbeitete Alles mit den Händen, den Körper langsam aus dem Geröll hervorwühlend. Der Kopf war unverletzt. Lampen beleuchteten ihn, und der Name Chicot ging von Mund zu Mund. Er war noch warm. Der Fels hatte ihm die Wirbelsäule zerschmettert.

„Wickelt ihn in eine Decke und legt ihn auf einen Karren,“ befahl der Aufseher. „Jetzt an den Kleinen, vorwärts beeilt Euch!“

Maheu hatte seine Arbeit nicht unterbrochen. C[illegible] einen letzten Hieb mit seiner Hacke und eine Oeffnung wurde sichtbar. Sie waren mit den Leuten auf der anderen Seite zusammengestoßen. Diese riefen ihnen zu, daß sie Jeanlin gefunden. Er lag ohne Bewußtsein; beide Beine waren gebrochen; er athmete noch. Der Vater hob ihn mit beiden Armen und zwischen seinen zusammengepreßten Zähnen

„stolz" darein setzen, nicht einmal mehr Reichspartei, sondern schlechtweg Kanzlerpartei zu sein, gleichen sich beide Parteien wie ein Ei dem anderen. Nicht nur die Organe des Centre gauch (linken Zentrums), auch die der Opportunisten lassen die Geneigtheit zu dem Gang nach Kanossa deutlich durchblicken. Der „Temps" erklärt offen, daß jede systematische Opposition der Konservativen die republikanische Politik nur weiter nach links orientire, da man keine konservative Republik ohne die Mitarbeiterschaft der Konservativen machen könne, „kommt in die Republik, um sie mehr oder weniger nach Eurem Bilde zu formiren, und nehmt Euch die Konstituirung einer konservativen Majorität zum Ziel," so heißt es in der opportunistischen Presse in allen Tonarten. Behufs einer Allianz mit den Monarchisten predigt sie ganz besonders die weitgehendste religiöse Toleranz, welche „das Land verlange". Selbstverständlich ist damit eine Toleranz gemeint, welche ausschließlich der Kirche zu Gute kommen soll, welche Ordensbruder und Ordensschwester wieder in die Schulen und Spitäler einsetzt und die Zöglinge der katholischen Priesterseminarien dem eigentlichen Militärdienst enthebt. Die Schule soll zwar laisch bleiben, aber sie darf auch nicht antireligiös sein, das Gesetz über die Verweltlichung der Schulen soll nicht in einer chikanenhaften Weise durchgeführt werden. Gleicherweise dürfe man nicht damit fortfahren, das geistliche Personal systematisch aus den Spitälern zu verbannen. Die in das Heer eingereihten Zöglinge der Priesterseminarien seien in den Hospitälern zu verwenden und ausschließlich für den Ambulanzdienst zu organisiren, damit die Kirche Nichts für den Charakter ihrer künftigen Diener zu fürchten brauche. Mit einem Worte, das neue und deshalb so populäre Militärgesetz, weil es die Privilegien der Seminaristen aufhob, soll so angewendet werden, „daß es nicht der Rekrutirung der Geistlichkeit schadet, denn dies hieße gegen das Konkordat handeln und wäre der reine Fanatismus". „Die republikanische Majorität darf nicht davor zurückschrecken, wenn es sich darum handelt, Gesetze im Detail abzuändern, um sie zu verbessern", wird gesagt. So empfehle es sich z. B. die Schulgegenstände außerhalb der Unterrichtsstunden für den Religionsunterricht herzugeben, da der laische und der religiöse Unterricht auf das gleiche Ziel hinarbeiten müssen. Eine andere Haltung war von den gemäßigten Republikanern nicht zu erwarten, nachdem Führer wie Challamel-Lacour und Ferry vor den Klerikalen ihr pater peccavi wegen Einführung des religionslosen Unterrichts gemacht. Die Radikalen schreien natürlich wegen der klerikalen Anwandlungen der Opportunisten, unter denen sich, welche geschichtliche Ironie, die Blüthe des Gedankenthums zur Zeit Napoleons III. sich befindet, wie der Pfau, wenn Regen im Anzug ist. Für sie ist ja die Trennung der Kirche vom Staat einer der Ecksteine ihres Programms, mehr noch ein Lieblings-Steckenpferd, dessen die Tummelung die radikalsten Phrasen erlaubt. Uebrigens verweisen die Radikalen den klerikalen Tendenzen der Opportunisten gegenüber mit Recht darauf, daß ein Aufhalten der Verweltlichung der Schulen mit einem Aufhalten der republikanischen Idee gleichbedeutend sei. Lockroy gab dafür in einem Interview ein schlagendes Beispiel. Während er Unterrichtsminister war, laicidirte er in dem konservativen Norddepartement 95 Schulen. Bei den letzten Wahlen haben die Republikaner in diesen 95 Gemeinden, wie fast überall wo konfessionslose Schulen bestehen, die Majorität erhalten.

Die Vorversammlung, welche aus dem Lager der Gemäßigten heraus einberufen ward und zu der nur solche Radikale geladen waren, welche die Feuerprobe des politischen „Stillgestanden und Rührteuchnicht" ausgehalten, zeigte die Absicht die Radikalen im Voraus an die Wand zu drücken und den Monarchisten in die Arme zu fallen.

Post festum suchen die Boulangisten das Prestige ihres Ideals neu zu begolden, indem sie ganz gewaltig den Mund mit sozialen Reformen vollnehmen. Allerdings kommen sie dabei über die gemeinsten und blödesten Phrasen nicht hinaus und zeigen, daß sie von der Sozialreform nicht mehr verstehen, wie die deutschen Staatssozialisten a la Bismarck. Boulanger erklärt feierlich, daß auch er die Republik wolle. Aber seine Partei vertrete zum Unterschied von den übrigen republikanischen Parteien „die patriotischen und sozialen Forderungen der Masse". Seine Partei nehme die gerechten Ansprüche der Arbeiter in die Hand, vertheidige die Bedrückten gegen die Unterdrücker und habe den Muth, Letzteren zu sagen, daß nicht nur eine soziale Frage existire, sondern daß sie sogar den politischen Fragen vorgehe. Der Deputirte Barres, ein Benjamin des Boulangismus, erklärt sich im „Figaro" als Sozialist und fordert zur Befriedigung der Arbeiter eine Taxe auf die ausländischen Arbeiter und Gründung einer Alterskasse. Wie tief die sozialen Kenntnisse des Herrn sind und wie ernst er es mit seiner Aufgabe als Sozialreformer nimmt, geht daraus hervor, daß er, um nach boulangistischer Gewohnheit mit den Konservativen zu liebäugeln, behauptete, die Keime der beiden obengenannten Reformen seien bereits im Evangelium enthalten, und daß er sich bereits auf die entzückenden Nachmittage im Palais Bourbon erfreue, das ihm, dem Humoristen und Psychologen, einen so trefflichen Beobachtungsposten biete. Laur, der ebenfalls zum boulangistischen Stab gehört, forderte Anfangs die Gründung einer „sozialistischen und kommerzialen Gruppe" der Kammer. Jetzt wieder schwatzt er davon, daß die Boulangisten eine sozialistisch-ökonomisch-republikanische Gruppe bilden wollen, welche unter Laguerre's Führung alle Sozialisten, von den fortgeschrittensten Elementen der Arbeiterpartei an bis zu den katholischen Sozialisten, Piour und de Mun (Stockmonarchisten) umfassen solle. Der demagogisch-zesaristische Charlatanismus nach berühmten Mustern von Napoleon dem Kleinen und Bismarck dem Großen soll wieder zu Ehren gebracht werden. Nachdem der konservative Bauernfang nicht gelungen, erwarten die Boulangisten den Erfolg von einem Arbeiterfang mittelst radikaler Phrasen. Wenn sich die gemäßigten Regierungs-Republikaner wie bisher angelegen sein lassen, keine der dringensten Sozialreformen in die Hand zu nehmen, so wird der demagogische Schwindel, wenn auch nicht in der Form des Boulangismus so doch unter einer anderen Form auftauchen. Die Masse wird sich Sand in die Augen streuen lassen, bis eine geeinigte und starke sozialistische Arbeiterpartei Garantie für eine erfolgreiche Opposition zu bieten scheint.

Gerade der Boulangismus und die Wahlen haben die Nothwendigkeit einer Einigung der verschiedenen sozialistischen Fraktionen näher als je gelegt. Nachdem der Boulangismus als zersetzendes Element innerhalb der Fraktionen eine Schädigung bewirkt und Theile nach Seite des Boulangismus, Theile nach Seite der Regierungs-Republikaner geworfen hat, können sich die auf streng sozialistischem Grunde gebliebenen Elemente zusammenfinden. Von einer Einigung aller sich sozialistisch nennenden Organisationen zu sprechen, wäre zur Zeit noch mehr als verfrüht. Die Possibilisten sind nicht nur durch die mit Hilfe des Wahl-Kartells errungenen Vortheile und die Gunst der Gemäßigten, mit Einschluß der Regierung, so aufgeblasen worden, daß sie weniger als je von einer sozialistischen Konzentration etwas wissen wollen, sondern sie sind auch in den meisten Fragen so unklar und mit so kleinbürgerlichen Schrullen behaftet, durch ihre Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien so kompromittirt, daß ein einheitliches Vorgehen mit ihnen nicht möglich ist. Dagegen hat die letzte Wahlkampagne und die durch sie herbeigeführte Reinigung der Blanquisten von allen zweideutigen Elementen ein einheitliches Vorgehen der Blanquisten und Kollektivisten nahegelegt. Mehr noch, dasselbe wird zur Nothwendigkeit, der Situation gegenüber, welche durch die Erwählung von Männern geschaffen ist, welche der einen oder der anderen Organisation angehören oder mit beiden innige Fühlung halten. Die nichtssagende Rolle, welche die sozialistischen Deputirten in der alten Kammer trotz ihrer Ehrlichkeit und des besten Willens spielten, hat recht fühlbar gemacht, wie ohnmächtig der Einzelne im politischen Leben ist, so lange keine Partei hinter ihm steht. Die mit dem sozialistischen Programm erwählten Deputirten haben sich endgiltig in eine parlamentarische Gruppe konstituirt, welche folgende Prinzipienerklärung als Basis hat:

„Unter dem Titel sozialistische Gruppe haben die Unterzeichneten in der Kammer eine Gruppe gebildet, welche allen sozialistisch Erwählten offen steht und welche den verschiedenen bürgerlichen Parteien und den Ueberläufern des revolutionären Sozialismus geschlossen ist. Die sozialistische Gruppe ist entschlossen, mit allen Mitteln gegen die opportunistische, monarchistische und zäsaristische Reaktion die Republik zu vertheidigen, welche sie als unerläßlich für die Emanzipation der Arbeit erachtet. Sie wird die Befreiung in den einzig möglichen Bedingungen erstreben, d. h. durch Unterdrückung des kapitalistischen Regimes und durch die soziale Organisation und Vertheilung aller Reichthümer.

Was die unverzügliche Verwirklichung und die Anbahnung der neuen Gesellschaft anbetrifft, so wird sie sich zum Vertreter der Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris machen, indem sie vom Parlamente eine nationale und internationale Arbeits-Schutzgesetzgebung (achtstündiger Normalarbeitstag, Lohnminimum rc. rc.) fordert, und indem sie den Frieden zwischen den Völkern sichert, indem sie die bewaffnete Nation an die Stelle der stehenden Heere setzt, welche das Land zu Grunde richten, für die öffentlichen Freiheiten gefährlich und ungenügend für die nationale Sicherheit sind."

Der Gruppe gehören an: Thiorier, Baudin, Ferroul, Cluseret, Anside Boyet, Lachize und Couturier.

Die Konstituirung dieser sozialistischen Gruppe bürgt für einheitliches Vorgehen der sozialistisch Erwählten. Soll dasselbe aber für die Dauer der ganzen Legislaturperiode gesichert bleiben und die richtigen Früchte tragen, so muß die Gruppe eine einheitliche Schiebung, resp. Direktion von Seiten der sozialistischen Organisation erhalten. Zu diesem Zwecke ist ein Zusammengehen der kollektivistischen und der blanquistischen Organisationen unerläßlich. Auf beiden Seiten ist auch die Ueberzeugung da, daß die Agitation im Parlament und außerhalb desselben in der Masse, daß die ganze zu befolgende Taktik nur das Resultat einer gemeinsamen Verständigung sein müsse. Die tüchtigsten Kräfte der Blanquisten und Kollektivisten sind in den respektiven Organisationen in diesem Sinne thätig gewesen und dies mit Erfolg. Die diesbezüglichen Beschlüsse sind angenommen. Die gemeinsame Aktion soll formell ihren Ausdruck finden durch einen jähr[...] Nationalkongreß, der von beiden Organisationen zusammen [...] berufen wird. Das Wort einer formellen Vereinigung ist [...] nicht gefallen und kann vor der Hand noch nicht fallen. [...] wenn die obigen Beschlüsse streng zur Durchführung gelang[...] so ist die thatsächliche Vereinigung da, sind bald diese be[...] Organisationen an die gemeinsame Arbeit gewöhnt, so wird [...] endgiltige und vollständige Verschmelzung in eine sozialist[...] Arbeiterpartei nicht auf sich warten lassen. Die Verhält[...]nisse haben sich derart geändert, daß kein Raum für [...] romantischen Sozialismus der Blanquisten älterer Schule [...] blieben ist. Wohin das Festhalten an überlebten Form[...] führt, zeigt das Ueberlaufen eines Theils der Blanquisten [...] den Boulangisten. Der Rest der Blanquisten, der mit [...] Auffassung der geschichtlich-ökonomischen Verhältnisse gefolgt [...] muß früher oder später in den Kollektivismus aufgehen. [...] die im Schlepptau der kleinbürgerlichen Philister wandel[...] Masse der Possibilisten muß den gleichen Entwickelungsproz[...] durchmachen, sobald die aktuellen Führer ihre Rolle ausgespi[...] haben und die ökonomischen Verhältnisse sowie die politische [...]tuation die Pariser Arbeiterschaft definitiv aus kleinbürgerlich[...] in rein proletarische Elemente verwandelt hat. Politisch [...] ökonomisch arbeiten die Verhältnisse auf dieses Ziel los und [...] Zukunft gehört deshalb den Sozialisten kollektivistischer Schu[...]

Politische Uebersicht.

Wir hatten gestern bereits die „Magdeb. Z[...]" wegen ihrer Stoßseufzer über die Parlamentsmüdigk[...] ihrer Myrmidonen angenagelt. Wir wollen auch heute a[...] Ausdruck nicht mäkeln. Die Thatsache, welche er bez[...] soll, ist bei den herrschenden bürgerlichen Parteien vorhan[...] und wenn die Parlamentsmüdigkeit nicht als allgemeine [...]scheinung, sondern als eine spezifisch bürgerliche Sumpf[...] hingestellt wird, dann kann gegen die Korrektheit des Ausd[...] auch durchaus nichts eingewendet werden. Im Gegenthei[...] finden ihn sehr treffend. Kein Zweifel; das deutsche B[...]thum ist „parlamentsmüde". Ein Blick auf die leeren [...] des Reichstages zeigt es uns. Parlamentsmüde — das [...] müde des Parlaments und des Parlamentarismus. [...] beachte das! Man vergegenwärtige sich die Natur und [...] Wesen des Parlamentarismus. Was ist Parlamentaris[...] Nun — die ideale Regierungsform des Bürgerthums, [...] bürgerliche Regierungsideal. Das Bürgerthum ist also [...] eigenen Geständnisse nach seines eigenen Ideals „müde".

Ueberraschend ist uns das nicht. Haben wir d[...] einem Vierteljahrhundert Tag für Tag Gelegenheit ge[...] beachten, wie unser Bürgerthum ein Ideal nach dem [...] ein Prinzip nach dem andern auf dem Altar der ge[...] Interessen- und Opportunitätspolitik geopfert hat.

Wie kann es uns da wundern, daß unser Bürgerthum a[...] Parlamentarismus „müde" geworden ist. Hat es nicht den Pa[...]mentarismus schon längst ausgebeutet, entmannt, ihm durch [...] gradlose Anbetung des persönlichen Regiments jeden pra[...] Werth genommen?

War es nicht gerade das deutsche Bürgerthum, [...] mit wahrem Fanatismus, durch Pflege der Knechtselig[...] Grundlagen des Parlamentarismus untergraben hat?

Wenn das Bürgerthum „parlamentsmüde" geworden ist, [...] spricht diese Stimmung genau seinem ganzen Treiben währe[...] letzten Vierteljahrhunderts; und Dank diesem Treiben i[...] deutsche Parlamentarismus auch so arg auf den Hund [...]kommen, daß wir die Parlamentsmüdigkeit sehr begre[...] finden.

Die Parlamentsmüdigkeit ist nur ein neuer Beweis [...] daß die deutsche Bourgeoisie auf jede selbstständ[...] politische Mission verzichtet hat — mit [...] Worten sie bedeutet — und für uns ist das etwas [...]freuliches — die politische Abdankung des deutschen [...]thums.

Ueber die nächsten Reichstagswahlen und [...] sicht auf eine Frühjahrssession lesen wir in einem [...] liberalen Blatte: „Von allen Seiten werden jetzt [...] bereitungen für die nächsten Reichstagswahlen in Angr[...] nommen; denn man geht überall von der Annahme au[...] dieselben schon in den ersten Wochen des kommenden [...] stattfinden werden. Ein bestimmter Beschluß in dieser [...] liegt allerdings noch nicht vor, und ein solcher kann [...] gefaßt werden, bevor sich der Verlauf der gegenwärtigen [...] mit einiger Sicherheit übersehen läßt. Nur wenn es [...] die Arbeiten des Reichstages noch vor Weihnachten [...] schluß zu bringen — und es wird Alles aufgeboten, [...] so frühzeitigen Abschluß möglich zu machen —, ist [...] Aussicht gegeben, den Wahltermin für den Januar [...] beraumen. Ob man dazu schreitet, wird indessen noch [...] stand besonderer Erwägungen sein. Ein Wahltermin mitten [...] der Winzerzeit ist nicht ohne Bedenken. In ländlichen Be[...] insbesondere, wo oft weite und in dieser Jahreszeit gewiß [...]

---

würgte sich wieder dasselbe Wort hervor, in dem allein sein Schmerz sich auszudrücken wußte: „Donnerwetter!" Katharina aber und die anderen Mädchen begannen von Neuem zu heulen.

Bebert hatte „Bataille" zurückgeholt. Man spannte den Schimmel vor zwei Karren; in dem ersten lag die Leiche Chicot's, in den zweiten hatte sich Maheu gesetzt, sein bewußtloses Kind auf dem Schoß. Sie rissen ein Stück Leinwand von der Luftthür und breiteten es über den Verwundeten. Dann setzte sich langsam der Zug in Bewegung. An die Karren wurden Lampen gehängt, die wie blutrothe Sterne durch das staubgraue Dunkel blinkten. Einige Bergleute blieben zurück, um die Galerie auszubessern; an fünfzig Mann schritten hinter den beiden Karren. Sie waren erschöpft von der übergroßen Anstrengung; ihre schleppenden Füße glitten auf dem schlüpfrigen Wege. So gingen sie stumpf brütend dahin, wie eine Heerde, die von einer Seuche befallen ist. Sie brauchten fast eine halbe Stunde, um bis zum Förderschacht zu gelangen; dieser trübe Leichenzug durch die sich kreuzenden, abbiegenden, wendenden Galerien wollte kein Ende nehmen.

Richomme, der vorausgegangen war, hatte angeordnet, daß man eine leere Förderschale reservire, in die Pierron und ein anderer Auflader sofort die beiden Karren schoben; in dem einen Maheu, seinen verwundeten Sohn in den Armen, in dem andern Stephan, die Leiche Chicot's haltend, damit sie in der engen Fahrkunst Platz habe. In die anderen Stockwerke des Aufzuges vertheilten sich die Arbeiter; dann ging die Fahrt empor. Das Wasser sprühte sehr kalt aus der Verzimmerung des Schachtes herab. Die Männer blickten nach oben, ungeduldig, das Tageslicht wieder zu sehen.

Glücklicherweise hatte ein Karrenjunge, den man zum Doktor Vanderhaghen geschickt, diesen zu Hause gefunden und brachte ihn mit. Jeanlin und der todte Mann wurden in das Zimmer der Aufseher getragen, wo trotz des milden Wetters ein großes Feuer brannte. Die Eimer heißen Wassers, welche dort zum Fußwaschen bereit standen, wurden bei Seite geschoben; man legte zwei Matratzen auf den Fußboden und bettete den Leichnam darauf und Jeanlin. Nur Maheu und Stephan waren eingetreten. Vor der Thüre hatten sich die Wagenstößerinnen, Häuer und Karrenläufer angesammelt und sprachen mit gedämpfter Stimme.

Sobald der Arzt einen Blick auf Chicot geworfen, sagte er leise:

„Hinüber! . . Ihr könnt ihn waschen!"

Zwei Wächter entkleideten den Todten und wuschen mit großen Schwämmen den kohlenbestaubten, noch vom Schweiße der Arbeit geschwärzten Körper.

„Der Kopf hat nichts abbekommen," fuhr der Doktor fort, auf der Matratze neben Jeanlin knieend, „auch die Brust nicht . . . aha, bei deu Beinen fängts an!"

Er selbst begann den Jungen zu entkleiden, band ihm die Haube ab, streifte die Hosen hinunter und zog, geschickt wie eine Amme, den Kittel und das Hemd aus. Der magere Körper war schwarz von Kohle, mit gelber Erde beschmutzt und mit blutigen Rissen und Flecken gezeichnet. Man mußte ihn waschen, und unter dem Schwamm schien er noch elender zu werden; das Fleisch trat so farblos hervor, die Haut so durchsichtig, daß man fast die Knochen sah. Dieser jüngste Sprosse einer Race Unglücklicher, dieses verkommene Gerippe, von dem Gestein zerschmettert, hilflos und leblos, bot einen erbärmlichen Anblick. Als er gereinigt war, sah man deutlich die Wunden der Schenkel, zwei rothe Flecke auf der blassen Haut.

Jeanlin erwachte aus seiner Ohnmacht und stöhnte. Vor seinem Lager stand Maheu; dicke Thränen rollten aus seinen Augen.

„Nicht wahr, Du bist der Vater?" fragte Vanderhaghen zu ihm aufblickend. „Weine nicht, Du siehst, er ist nicht todt. . . . Hilf mir lieber!"

Er konstatirte zwei einfache Brüche. Aber das rechte Bein beunruhigte ihn; man werde es wahrscheinlich abnehmen müssen!

In diesem Augenblick kamen endlich auch der Ingenieur Négrel und Dansaert, von Richomme begleitet. Der Erstere, Aerger und Verbitterung in den Zügen, ließ sich von dem Aufseher den Vorfall berichten, dann schalt er:

„Immer diese verdammte Verzimmerung! Hab' ich nicht hundertmal gesagt, daß das noch Menschenleben kosten wird! Und diese blöden Leute reden davon, daß sie [...] wollen, wenn man sie zwänge, besser zu verkeilen! [...] das Schönste bei der Sache: die Kompagnie muß [...] zahlen. Herr Hennebeau wird eine Freude haben! . . . Wer ist es?" setzte er, zu Dansaert gewendet, hinzu, [...] schweigend neben der Leiche stand, welche man in ein Le[...]tuch hüllte.

„Chicot, einer unserer tüchtigsten Arbeiter," antwo[...] der Oberaufseher. „Er hat drei Kinder . . . . [...] Teufel!"

Inzwischen sprach der Arzt leise mit den Herren. [...] verlangte, daß Jeanlin sofort zu seinen Eltern transpor[...] werde. Es schlug bereits sechs Uhr, die Dämmerung bega[...] es werde gut sein, auch den Leichnam wegschaffen zu la[...] Der Ingenieur gab sogleich die nöthigen Befehle. Der [...]wundete wurde auf eine Tragbahre gelegt, die Matratze [...] den Todten schob man in den Leichenwagen.

Draußen standen immer noch die Grubenmädchen und [...] Bergleute und sprachen über den Unfall. Als die Thür[...] sich öffneten, verstummten alle; dann bildete sich ein [...] Leichenzug: der Wagen voran, dann die Sänfte, der all[...] Männer und Frauen folgten; so zogen sie über den [...] der Grube und dann den aufsteigenden Weg zum [...]beiterdorfe hinan. Der erste Frost des Novembers [...] die weite Ebene kahl gewelkt, ein Dämmernebel umschl[...] sie, wie ein von dem farblosen Himmel herabgew[...] Leichentuch.

Stephan rieth, Katharinen voraus zu senden, um [...] Mutter vorzubereiten. Maheu, der mit gebrochenem [...] hinter der Sänfte ging, nickte und Käthe lief eilig voraus, denn schon nahte man dem Dorfe. Aber der Todtenwagen, dieser wohlbekannte schwarze Kasten, mochte aus der [...]fernung bemerkt worden sein. Drei oder vier Frauen stürzten vor die Thüren; bald waren es dreißig, [...] fünfzig, Alle von demselben furchtbaren Schreck [...] Es gab also eine Leiche, wer mochte es sein? [...] Levaque ihnen erzählte Geschichte hatte sie zuerst beruhigt, jetzt aber packte sie eine übertriebene Angst: Nicht Ein Mann ist erschlagen, zehn werden's sein, die der dunkle Wagen ihnen Einen nach dem Andern heimführen wird! (Forts. f.)

immer bequeme Wege zum Wahllokal zurückzulegen sind, würde voraussichtlich eine Wahlenthaltung in noch größerem Umfange denn bisher die Folge sein, ein Umstand, der auf den Ausfall der Wahlen nicht ohne Einfluß bleiben würde. Dazu würde noch ein anderer Umstand kommen. Die Ansetzung des Wahltermins für einen Tag im Januar oder in der ersten Hälfte des Februars würde die Auflösung des bisherigen Reichstags zur Voraussetzung haben, dessen Mandat bis zum 21. Februar kommenden Jahres läuft. Nach Artikel 25 der Verfassung des Deutschen Reichs müssen im Falle der Auflösung des Reichstags innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden. Eine Frühjahrssession würde danach nothwendig werden. Nun ist zwar in der gegenwärtigen Session eine ganze Reihe von Vorlagen zurückgestellt worden, die dem Reichstage alsdann zur Beschlußfassung vorgelegt werden könnten. Eine Novelle zum Krankenkassengesetz und zum Patentgesetz sind in Vorbereitung. Auch die Vorbereitungen eines das Lagerscheinwesen behandelnden Gesetzentwurfs scheinen dem Abschlusse nahe zu sein, nachdem die nach Berlin einberufene Kommission von Sachverständigen aus allen Theilen des Reiches sich in der Hauptsache mit den Vorschlägen der Reichsregierung einverstanden erklärt hat. In Vorbereitung befindet sich auch eine Vorlage, betreffend die Dampfkessel-Revisionen, und bis zum Frühjahr dürfte der Bundesrath sich auch in der Angelegenheit der gewerblichen Schiedsgerichte schlüssig gemacht haben. An Arbeitsmaterial würde es danach auch für eine kurze Frühjahrssession nicht fehlen; doch ist keine der benannten Angelegenheiten so dringlicher Natur, daß darum die nochmalige Einberufung des Reichstages nothwendig erscheinen könnte. Auch dieser Umstand dürfte bei der Erwägung, ob der Wahltermin nicht besser über den 21. Februar hinaus zu verlegen sei, in Betracht gezogen werden."

In Magdeburg ist in diesen Tagen der Redakteur Hübler wegen Beleidigung des Reichskanzlers zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Aus den Berichten über den Prozeß geht hervor, daß Hübler, der nach Oesterreich geflohen war, in Wien verhaftet und ausgeliefert worden ist. Diese Thatsache muß um so mehr überraschen, als die österreichische Regierung früher in ähnlichen Fällen die Auslieferung verweigert hat. Wir erinnern beispielsweise, so schreibt die „Voss. Ztg.", an den Fall Gilles. Der Angeschuldigte war damals ebenfalls in Wien verhaftet worden und sollte ausgeliefert werden, um eine sechsmonatliche Gefangnißstrafe wegen Beleidigung des Kanzlers abzubüßen, die Regierung entschied sich jedoch gegen die Auslieferung. Das war freilich unter dem Minister Prazak. Sollte der jetzige österreichische Justizminister Graf Schoenborn anderen Grundsätzen huldigen und nach berühmten Mustern den politischen Charakter eines Vergehens nicht mehr als Grund zur Verweigerung der Auslieferung ansehen?

Die sächsischen Kartellbrüder sind unter sich keineswegs so „gemüthlich", als sie die Welt glauben machen möchten. Wo immer die Konservativen den Nationalliberalen ein Mandat abjagen können, da thun sie es. Jetzt haben sie ihr Auge auf das Leipziger Reichstags-Mandat gerichtet. Der Anschluß der Vorstadt-Dörfer verursacht den sächsischen Behörden von Leipzig viel Arbeit, und Bürgermeister Tröndlin wird deshalb kein Mandat mehr annehmen können. Nun beanspruchen aber die Konservativen, auf die bisherige Kartellpraxis fußend, das Recht, den nächsten Kandidaten aus ihrer Mitte zu wählen. Und das geht den Leipziger Nationalliberalen denn doch wider den Strich. Die „Nationalliberale Hochburg" den Konservativen ausliefern — das ist freilich bitter. Indeß der nationalliberale Mann wird wohl müssen.

Der österreichische Konsul in Leipzig sagt in seinem Staatsberichte über das Schweine-Einfuhrverbot und die Lebensmittelzölle:

„Die Vieh- und Fleischpreise haben seit dem Verbot der Einfuhr lebender Schweine nach Deutschland eine die ärmeren Klassen aufs Härteste berührende Steigerung erfahren. Von der Erlaubniß, 2 kg Fleisch oder Speck zollfrei einführen zu dürfen, wird im böhmisch-sächsischen Grenzverkehr starker Gebrauch gemacht, ebenso noch immer von der zollfreien Versorgung mit Brot und Mehl in Quantitäten bis 3 kg. Ein Mißbrauch dieser letzten Vergünstigung hat sich bisher nicht konstatiren lassen, weshalb die sächsischen Bäcker längs der böhmischen Grenze mit ihrem Gesuche um Aufhebung derselben vom Bundesrathe ebenso abgewiesen sind, wie mit ihrem Antrage, ihnen die zollfreie Einfuhr von Getreide und Mehl für ihren Bedarf zu gestatten. Doch ist — wenigstens im Grenzbezirk Adorf — der Kleinverkehr mit Brot und Mehl etwas erschwert worden."

In demselben Berichte heißt es an anderer Stelle:

„Die Erzgebirgische Spielwaarenindustrie und die Musikinstrumentenfabrikation, welche beide ihren Holzbedarf zu einem großen Theile aus Böhmen decken, empfinden, ohnehin durch die in allen ihren Absatzgebieten vorgenommenen Zollerhöhungen sehr bedrückt, den deutschen Holzzoll auf das Schwerste, da sie bei der starken Konkurrenz denselben nicht durch einen Zuschlag auf die Waaren wieder ausgleichen können. Nicht ist der Spielwaarendrechslerei in dieser Beziehung eine Erleichterung zu Theil geworden durch die im Verwaltungswege für das aus Böhmen eingehende Roll- und Scheitholz, sobald es nicht über 1 Meter lang und nicht von der Rinde befreit ist, zugestandene Zollfreiheit. Für die Musikinstrumentenindustrie hat einen weiteren Nachtheil das Spiritusmonopolgesetz mit sich gebracht, insofern der denaturirte Spiritus zum Poliren untauglich ist, die Verwendung von nicht denaturirtem Spiritus zur Politur aber die Arbeit allzusehr verteuert."

Hamburg, 12. November. Wie zu vermuthen war, hat sich die Nachricht, daß sich der Freiherr Albertus v. Oblendorff im dritten Hamburger Reichstagswahlkreise als Kandidat zur bevorstehenden Wahl aufstellen lassen werde, nicht bestätigt und er thut Recht daran, das bischen Nymbus und den kleinen Ruhm, welcher als Abglanz unserer diesjährigen Hamburger Ausstellung auf seine Person entfielen, nicht wieder leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. Wer als Reichstagskandidat auf den Plan geht, der setzt sich einer eingehenden Kritik der Gegenparteien aus und Herr v. O. hat vielleicht begründete Ursache einer solchen vornehm aus dem Wege zu gehen. Herr Adolph Wörmann, der große Rheder vom Kamerun, wird also auch dieses Mal von den Nationalliberalen im dritten Hamburger Wahlkreise auf den Schild gehoben, wenngleich die Chanzen gegenwärtig nicht so günstig für ihn liegen als vor drei Jahren. Doch wird Herr W. sich selbst aus einem Durchfall bei der Wahl nicht viel machen, wird ihm dadurch doch die Aussicht auf einen Senatorensessel näher gerückt. Durch die Zellanschlußbauten hat bekanntlich eine bedeutende Verschiebung der Wohnsitze unserer Bevölkerung stattgefunden; welcher Partei dieselbe jedoch zu statten kommen wird, ist noch nicht endgültig festzustellen; auch sind die 1500 Zollbeamte, mit welchen Hamburg seit der Zeit beglückt wurde und die wohl zumeist im dritten Wahlkreise wohnen, als Kartellgarde nicht außer Acht zu lassen. Die Mehrzahl der Zollbeamten, nicht viel besser gestellt als die Schutzleute, gehören eigentlich zum Proletariat, aber man weiß, wie schwer es ist, aus den Anschauungen dieser ausgedienten Sergeanten und Feldwebel den Dunst der Kaserne, welchen sie jahrelang geathmet, selbst durch die schwerste Lebenserfahrung zu vertreiben. Das Bischen Uniform und der Degen, den man ihnen zu tragen erlaubt, scheidet sie von der arbeitenden und erwerbenden Bevölkerung, auf deren Kosten sie im Grunde genommen doch leben. Mit Unrecht freilich läßt die hiesige Bevölkerung den armen Zollbeamten, die doch an den Verhältnissen an und für sich nicht schuld sind, ihre unliebsame Anwesenheit hier empfinden; nirgend aber in Deutschland wird man der grünen Zollbeamtenuniformen so viel bei einander finden als gerade in Hamburg, wo man die Träger ungerechtfertigter Weise ansieht wie eine der sieben Plagen Egyptens, von denen uns das alte Testament erzählt.

Die Antisemiten haben einen Buchhändler, mit Namen E. A. Hübner als Reichstagswahlkandidaten aufgestellt und, wie verlautet, will die Handwerkerzunftpartei gleichfalls selbstständig vorgehen. Die Kandidaten des Freisinns schweben noch im Dustern, doch werden schließlich auch sie zum Vorschein kommen. Nur immer zu. Je verschiedener die gegenüberstehenden Parteischattirungen werden, desto sicherer ist der Sieg der drei Vertreter der Arbeiter Bebel, Dietz und Wedde.

Die Kartell- und Freisinnsblätter wußten in den letzten Monaten vielerlei von Massenverhaftungen am hiesigen Platze wegen geheimer Versammlungen zu berichten; auch wurde theils mit Genugthuung, theils mit schlecht verhehlter Schadenfreude von bevorstehenden Prozessen wegen verbotener Geheimverbindungen gefabelt. Die Verhaftungen oder Sistirungen, welche im Laufe des Sommers im Umkreise unserer Stadt infolge harmloser Spaziergänge von Arbeitern erfolgten, sind sämmtlich ohne weitere Folgen geblieben. Die einzigen Opfer des Geheimbundsprozesses sind nur die Herren Würfel und Ahlborn. Die Anklage der Geheimbündelei wurde gegen die Beiden erhoben wegen Verbreitung von in Kouverts verschlossenen Flugblättern, und zwar begründete der Staatsanwalt seine Anklage damit, daß Würfel schon einmal wegen ähnlichen Vergehens vorbestraft und Ahlborn sein Verwandter sei, bei dem er wohne. Das Gericht erkannte gegen den Ersteren auf fünf, gegen Letzteren auf drei Monate Gefängniß, nachdem sie beide schon 5 Monate Untersuchungshaft überstanden hatten. Das Reichsgericht hat jetzt die Revision ihres Prozesses verworfen und wurden beide Inkulpaten, welche jedenfalls bei der Vertheilung der der Flugblätter und glaubten ihr Recht als Reichstagswähler in einer zur Wahl vorbereitenden Handlung auszuüben, verhaftet nur zur Verbüßung der ihnen zuerkannten Strafe sofort abgeführt. In anderen Fällen erhält der Betreffende eine Aufforderung, sich zum Antritt seiner Strafe zu stellen. Alles aber natürlich, was mit der Arbeitersache irgendwie zusammenhängt, muß ja strenger gehandhabt werden, als sogar Vergehen gegen das geheiligte Eigenthum oder die gute Sitte.

Zirka 1000 Schiffs-Zimmerleute haben vor Kurzem wegen Lohndifferenzen die Arbeit in Hamburg niedergelegt. Nur zehn kleinere Werftinhaber haben die von den Arbeitern aufgestellte Lohnberechnung anerkannt, während die größeren Unternehmer sich nur zu geringen Zugeständnissen bezüglich Aufbesserung des Lohnes verstanden. Das eigentliche Schiffszimmerergewerbe nimmt heutzutage lange nicht mehr den Rang ein, wie in früheren Zeiten, wo man nur oder doch vorzugsweise den Bau von Holzschiffen kannte. Bei dem Schiffsbau der Neuzeit, den Konstruktionen des Schiffskörpers aus Stahl und Eisen sind die ehemaligen stolzen Schiffszimmerer zu Hilfsarbeitern herabgesunken, oder sie werden nur Boot- und Schuutenbau, jedenfalls nur Fahrzeuge von kleinerer Tragkraft auszuführen haben. Ihre Arbeit an überseeischen Schiffen kann auch von allen anderen in Holzarbeit geübten Arbeitern ausgeführt werden. Die Schiffszimmerleute werden deshalb in ihrer jetzigen Lohnbewegung den Werftinhabern gegenüber keinen leichten Stand haben.

Aus Braunschweig. Das „B. U.-B." schreibt: Eine Haussuchung, die 6 Stunden währte, fand auf Verfügung der Polizeidirektion am Mittwoch beim Maurer Wilke wegen Verdachts der Verbreitung verbotener Druckschriften statt. Die Haussuchung lieferte kein Belastungsmaterial. Durch wen mag in diesem Falle wohl der Verdacht hervorgerufen sein? Herr Wilke war verantwortlicher Redakteur der „Solidarität", die jüngst verboten wurde, und fand auch bei Herrn Wilke eine Beschlagnahme der Exemplare der verbotenen Nummern statt. Herr Wilke ist außerdem Expedient des „Vereinsblattes". Wer nur ein wenig mit den thatsächlichen Verhältnissen vertraut ist, wird schon annehmen müssen, daß sich ein Mann in dieser Stellung kaum mit der Verbreitung verbotener Druckschriften befassen wird. Wie und durch wen mag der Verdacht hervorgerufen sein?"

Belgien.

Brüssel, 10. November. Sind schon die Aussagen der im Prozesse Pourbaix vernommenen Belastungszeugen für die öffentliche Sicherheitsbehörde Belgiens und für das systematische Aufhetzen der Arbeiterkreise sehr belastend, so setzen doch die Aussagen des Administrators und des Sekretärs der öffentlichen Sicherheit, der Herren Gauthier de Rasse und Notelteirs, dieser ganzen Wirthschaft die Krone auf. Ihre Aussagen, welche durch Vorlegung von Schriftstücken erwiesen wurden, stellen es unwiderlegbar klar, daß die Schuld dem Ministerium Beernaert aufzubürden ist und daß alle drei betheiligten Minister, die Herren Beernaert, Devolder und Lejeune, die Kammer und das Land wissentlich getäuscht haben. Alle ihre Erklärungen sind ein Gewebe von Unwahrheiten. Schon im Mai 1887 hat der Minister Devolder, welcher die Berichte der Sicherheitsbehörden über die Arbeiterbewegung zu unbestimmt fand, den bewährten klerikalen Wahlagitator Pourbaix als Spitzel angestellt. Obwohl von Anfang an das Auftreten des Pourbaix, der sogar als Kohlenarbeiter verkleidet im Ministerium erschien, dem Herrn Gauthier als verdächtig und gefährlich einleuchtete, hielt das Ministerium an diesem Spitzel fest und ließ sich alle Berichte desselben vorlegen, ja als Pourbaix an der Spitze einer Arbeiterschaar wegen eines Angriffes auf die Arbeitsfreiheit verhaftet wurde, mußte er infolge direkter Anweisung des Ministers Devolder aus der Haft entlassen werden. In der Kammer erklärte der Minister Herr Lejeune, er wisse von allem nichts, Herr Gauthier habe ihm alles verschwiegen. Jetzt stellt sich heraus, daß auch dieser Minister alles wußte und Herr Gauthier nur seine Anweisungen hinsichtlich Pourbaix ausführen mußte; Gauthier hatte selbst dem Minister nicht verschwiegen, daß Pourbaix mit dem Ministerpräsidenten Herrn Beernaert direkt in Beziehungen stand, daß der Arbeiter Conreur unschuldig im Gefängniß schmachte und nur das Opfer des Pourbaix sei, aber der Minister ließ alles ruhig geschehen. Auch die famose Depesche des Pourbaix: „Benachrichtigen Sie Beernaert, ich komme um Mitternacht", hat der Minister trotz seines Leugnens erhalten; Herr Notelteirs hat sie selbst ihm übermittelt! Mit einem Worte, die ministeriellen Erklärungen sind behufs Rettung der Portefeuilles nichts als eitle Flunkereien gewesen. Charakteristisch ist noch die Thatsache, daß Herr Gauthier vor Gericht erklärte, er habe im Interesse seiner Selbstvertheidigung dem Ministerium gegenüber alle Originalberichte behalten und nur die Abschriften dem Gerichte einreichen können. Der Prozeß Pourbaix ist also eine neue Niederlage für das Ministerium; diese Ergebnisse des Prozesses werden zu stürmischen Kammerdebatten den Anlaß geben. Um den Geschworenen Erholung zu gönnen, ist der Prozeß bis Dienstag vertagt.

Schweden und Norwegen.

Christiania. „In ganz Norwegen," so schreibt man dem „N. Wien. Tgbl." aus Kopenhagen, „bildet das Tagesgespräch der Ausstand der Arbeiterinnen in den großen Fabriken schwedischer Zündhölzchen zu Christiania, der durch das Eingreifen des Dichters Björnson eine stark dramatische Entwickelung angenommen hat. Es haben augenblicklich über tausend Fabrikmädchen die Arbeit niedergelegt. Ihre Beschäftigung ist außerordentlich schwer, einförmig, gesundheitswidrig und dabei nur in sehr geringem Maße lohnend. Um das Nöthigste zum Lebensunterhalt zu erwerben, müssen diese armen Menschen durchschnittlich in jeder Woche nicht weniger als 16 000 Schwefelholzdosen verpacken. Zwölf Stunden haben die Arbeiterinnen tagtäglich in giftigen Schwefel- und Phosphordünsten auszuharren. Die meisten verfallen nur zu bald einer unerbittlich fortschreitenden Auszehrung und mit der Abnahme der Kräfte geht eine Abnahme des Verdienstes Hand in Hand. Die einzigen Heilmittel: kräftige Kost, gesunde Wohnungen und ärztlicher Beistand sind bei den unglücklichen nordischen Arbeiterverhältnissen für die Hinsiechenden unerreichbare Ideale. Als der Ausstand größere Ausdehnung annahm, trat Björnson mit dem leidenschaftlichen Feuereifer, der ihm eigen ist, für die unglücklichen Arbeiterinnen in die Schanze. Er erklärte, daß niemals ein Ausstand gerechter gewesen sei, als diese nothgedrungene Auflehnung hülfloser Frauen und Mädchen gegen gewissenlos schaltende Fabrikanten, die aus Gewinnsucht keinerlei sanitäre Vorkehrungen gegen das um sich greifende Siechthum unter der weiblichen Arbeiterwelt getroffen hätten. Merkwürdigerweise hat Björnson in dieser Bewegung eine Szene aus seinem neuesten Roman, der die beschauliche Lebensanschauung eines buchstabengläubigen Priesters mit der Lebensführung eines werkthätigen Arztes in einen geistigen Konflikt stellt, in die Wirklichkeit übertragen. Er richtete nämlich an den norwegischen Bischof Essendrop die Aufforderung, in Erfüllung seiner christlichen Liebespflichten für die Arbeiterinnen öffentlich einzutreten. Der Bischof lehnte das Ansinnen ab, da ihm ein parteiisches Eingreifen durch seine amtliche Stellung versagt werde. Infolge dieser Ablehnung erschien Björnson persönlich in vergangener Woche in einer großen Ausstandsversammlung und hielt eine entzündende, stürmisch bejubelte Ansprache. Die Versammlung wurde von einem Arzte, Dr. Nissen, damit eröffnet, daß er drei junge Mädchen, die einst völlig gesund waren, als lebendige Beispiele für die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft vorführte. Die Mädchen hatten fast alle ihre Zähne und sogar einen Theil des Kiefers verloren, so daß sie in ihrem aschfahlen Aussehen als menschliche Karrikaturen erschienen. Ihr Erscheinen erregte die tiefsten Gefühle des Mitleids, „man weinte", wie norwegisch-dänische Zeitungen berichten. „Thränen der Wuth und des Kummers". Dann erhob sich Björnson. Er sagte, daß diesmal die Stimme des Rechtes gehört werden solle, und daß dieser Frauen- und Mädchenstreik nicht ergebnißlos verlaufen werde. Er sei kein Hetzer, aber er werde hundert andere Streiks im Lande wachrufen, bis die Arbeiter ihr billiges Menschenrecht erhalten hätten und nicht mehr gezwungen seien, auf jedem Butterbrot tödtliches Gift zu verspeisen. (Stürmischer Beifall.) Die Ausständigen beschlossen vorläufig, eine zweite große, aber nur von Weibern zu besuchende Versammlung abzuhalten, da in ihr hauptsächlich die durch die Fabrikarbeit hervorgerufenen Frauenleiden zur gründlichen Besprechung gelangen sollten."

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung der Novelle zum Sozialistengesetz trat vorgestern Abend zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die verbündeten Regierungen waren durch die Minister v. Boetticher und Herrfurth, Staatssekretär v. Oehlschläger, sächsischen Gesandten Graf Hohenthal, badischen Gesandten Freiherrn v. Marschall, Geh. Legationsrath Dr. Kayser und zahlreiche Kommissarien vertreter. Von den 28 Mitgliedern der Kommission fehlte nur Abg. Dr. Windthorst. Ein großer Kreis von Nichtmitgliedern der Kommission wohnte den Verhandlungen als Zuhörer bei. Auf den Vorschlag des Vorsitzenden Grafen Behr wurde beschlossen, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen, dagegen zwei Lesungen vorzunehmen. Zum Referenten wird Abg. Kurtz (kons., Landgerichtsdirektor in Dresden) ernannt. Zu § 1, welcher zunächst zur Diskussion gestellt wird, liegt ein Antrag des Abg. Kulemann vor, der eine Definition der unter die Bestimmungen des Gesetzes fallenden Bestrebungen giebt. Bestrebungen sozialdemokratischer, kommunistischer oder anarchistischer (diese Bestimmung fehlt im geltenden Gesetz) Natur sind als strafbar bezeichnet, sofern dieselben darauf gerichtet sind; 1. auf gewaltsame Weise den Umsturz der bestehenden Staatsordnung herbeizuführen, 2. auf gewaltsame Weise oder durch einen die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Anreizung zur Begehrlichkeit eine Aenderung der bestehenden wirthschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen, 3. durch beschimpfende, Aergerniß erregende Aeußerungen auf die religiösen Ueberzeugungen Anderer, auf die Vaterlandsliebe oder auf die Institute der Familie und der Ehe die sittlichen Grundlagen des Staates zu untergraben. Abgeordneter Kulemann betonte die Nothwendigkeit zwischen berechtigten und unberechtigten Bestrebungen der Sozialdemokratie zu unterscheiden und möglichst scharf die strafbaren Bestrebungen zu definiren. Die Abgg. Munckel (dfr.) und Fritzen (Zentr.) erklären sich im Prinzip nicht gegen den Versuch, die strafbaren Handlungen präziser zu definiren, doch sind beide der Ansicht, daß die vorgeschlagene Definition ganz unhaltbar. Der Begriff „Gesellschaftsordnung" sei der verschiedensten Auslegung unterworfen, die Fassung Kulemann's würde gerade der polizeilichen Willkür den breitesten Spielraum bieten. Abg. Singer will genau angegeben wissen, welche sozialdemokratischen Bestrebungen erlaubt und welche verboten sein sollen. Abg. Reichensperger hält zwar auch eine erschöpfende Definition für sehr erwünscht, vermag sie aber in den Kulemann'schen Vorschlägen nicht zu finden. Er erklärt sich gegen diese, aber aus den im Plenum entwickelten Gründen wird er überhaupt gegen das ganze Gesetz stimmen. Abg. Munkel bringt darauf den Antrag ein, in dem Gesetz vom Jahre 1878 die Worte „oder Gesellschaftsordnung" zu streichen. Minister Herrfurth erklärt sich gegen die Kulemann'schen Anträge. Die im bisherigen Gesetze gegebene Definition habe sich als ausreichend erwiesen. Im Uebrigen sei es unbedingt nothwendig, Prohibitivmaßregeln zu treffen, mit bloßer Repression könne die Regierung nicht auskommen. Diesen Ausführungen tritt Abg. v. Kleist-Retzow (kons.) bei, während Abg. Rintelen (Zentrum) durchaus eine erschöpfende Definition für erlaubte sozialdemokratische Bestrebungen für nothwendig hält, da ja auch Minister v. Boetticher sich als einen Sozialisten, allerdings einen guten, bekannt habe. Abg. Träger (dfreis.) weist darauf hin, daß der Antrag Kulemann nur eine Wiederholung enthalte von den in den Jahren 1874 und 1876 von der Regierung vorgelegten und vom Reichstag abgelehnten „Kautschukparagraphen" des Preßgesetzes und der Novelle zum Strafgesetz. Die Kulemann'schen Anträge würden das Ausnahmegesetz noch verschlimmern, wogegen das bestehende Strafgesetz ausreiche und zum Theil schärfer treffe als die Kulemann'schen Vorschläge. Abg. Rintelen kündigt einen Antrag an, das preußische Vereinsgesetz in anderer Fassung als Reichsgesetz einzuführen, um eine gemeinrechtliche Grundlage gegen sozialdemokratische Bestrebungen zu haben. Nachdem an der weiteren Debatte sich noch die Abgg. Singer, v. Heeremann, Kulemann und Reichensperger und wiederholt die Minister v. Bötticher und Herrfurth betheiligt, wird bei der Abstimmung zunächst der Antrag, den Antrag Kulemann einer Subkommission zu überweisen, abgelehnt, sodann der Antrag Kulemann vom Antragsteller zurückgezogen, darauf der Antrag Munckel abgelehnt und schließlich § 1 des Gesetzes von 1878 in der durch die Regierungsvorlage modifizirten Fassung mit 15 Stimmen angenommen (dafür Nationalliberale — außer Kulemann —, Reichspartei und Konservative, dagegen Zentrum, Freisinnige, Singer und Kulemann).

Theater.

Donnerstag, den 14. November.

Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Deutsches Theater. Nächstenliebe.
Lessing-Theater. Der Zaungast.
Friedrich - Wilhelmstädtisches Theater. Der Polengraf.
Residenz-Theater. Schwiegermama.
Wallner-Theater. Verfolgt! Vorher: Der Herr von Lohengrin.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend - Theater. Der Trompeter von Säkkingen.
Belleallance - Theater. Der Zauberlehrling.
Königstädtisches Theater. Appelmann's Verlobung.
Zentral-Theater. Das lachende Berlin.
Adolph Ernst-Theater. Flotte Weiber.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen - Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Thalia-Theater,
15. Wallnertheaterstraße 15.
Täglich:
Theater-
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Neu!! Frl. **Condelia**, die lustige **Mirzl**. Neu!! Die Duettisten **Rau & Egl**.
Großer Erfolg des Volkshumoristen Wilh. Fröbel, des Froschmenschen Vincento, des Illusionisten Schellini, der Liedersängerin Fräulein Anna Molas rc.
Entrée 30 Pf. Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.

American-Theater.
1365 **Dresdenerstr. 55.**
Täglich Vorstellung.

Circus Renz.
Karlstraße.
Heute, Donnerstag, den 14. November 1889, Abends 7 Uhr:
Novität: **Im dunklen Erdtheil.** (Einnahme von Bagamoyo). Große equestrische Original-Pantomime, arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor E. Renz. (Gesetzlich geschützt.) Das Schulpferd Galgenstrick, geritten von Frl. Clotilde Hager. Auftreten der renommirten Künstler-Familie Beiatore, sowie der Reitkünstlerinnen Frl. Meers und Frl. Natalie, der Reitkünstler Melville und Orford. — Das Blumenpferd Ifagar — Herrn Oskar Renz. — 6 Pierrots — komische Intermezzos.
Morgen, Freitag: **Komiker-Vorstellung. Leben und Treiben auf dem Eise.**
Sonntag: 2 Vorstellungen.
E. Renz, Direktor.

Circus Busch.
Friedrich-Karl-Ufer.
Heute, Donnerstag, den 14. November 1889: Abends 7½ Uhr: 796
Grand soirée equestre.
Die **fünffache Postfahrschule**, ohne Zügel geritten vom Direktor. (Original.) Zum 1. Mal: **Protektor**, Fuchshengst, geritten in der hohen Schule von Signora **Olga**. Klown **Michael** mit seinem **singenden Wunderponny** „Punschchen". Prämien-Springpferd **Voltna**. 22 Hengste **Garde-Kuirassier**, geritten vom Direktor. Frau Direktor **Busch** als Schulreiterin. Die **hohe Schule als Kavalier**, geritten von Maria Doré. Akrobatische Klowns Gebr. Floriba. Manöver, geritten von 16 Damen.
Zum 6. Male:
Fatme, die Rose von Tripoli,
Gr. orientalische Original-Pantomime in 4 Akten vom Direktor. (Gesetzlich geschützt).
Sonntag: 2 Vorstellungen. 4 und 7½ Uhr.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 P.
Kaiser-Panorama.
Hochinteressant: Reise der kaiserlichen Familie: **Athen-Konstantinopel.**
Reise **Ober-Italien.** Mailand, Verona rc.
Neu! 4 Cycl. **Pariser Welt-Ausstellung.**
Hochinteressante Reise Sr. M. Schiff **„Hertha"**.
Ganze Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 5 Reisen 1 M.

H. Präuscher's anatomisches
MUSEUM
80/81 Kommandantenstrasse 80/81.
Täglich geöffnet für **erwachsene Herren.**
■ **Dienstag und Freitag Damentag!** ■
Entree 50 Pf. Vereinskarten gültig. 589

Alten echten Nordhäuser
à Ltr. — Fl. 75 Pf.
Märkischer Korn . . . . . 60 „
Ingberliqueur, hochfein . . . 90 „
Thee-Rum, ganz vorzüglich . . 200 „
Jac.-Rum, Originalfl. excl. . . 100 „
Politur-Spiritus, geruchlos pr. Ltr. 40 „
empfiehlt die Groß-Destillation von
Lettau & Keil,
Sophienstraße 12, 545
an der Rosenthalerstraße.

Roh-Tabak, sämmtlicher Sorten.
Größte Auswahl, billigste Preise bei
G. Elkhuysen, Münzstraße 10.

Am 11. November, Vormittags 11 Uhr, starb der Kupferschmied
Paul Raschke
an der Proletarierkrankheit.
Die Beerdigung findet den 14. November, Nachmittags 3 Uhr von der Charitee aus statt.
795 **Gebrüder Raschke.**

Die Lohnkommission der Tabakarbeiter
hat über folgende Fabriken die **Sperre** verhängt:
1. **W. Ponath.** Fabrik: Neue Königstraße 9; Detailgeschäfte: Rosenthaler- und Linienstraßen-Ecke; Königstraße, Ecke Hoher Steinweg.
2. **Rodtloff.** Detailgeschäft: Müllerstraße.
3. **Praußaitz & Metze,** Sophienstr. 16.
4. **Caspari.** Langestr. 110.
5. **Robert Jertz.** Detailgeschäft: Gr. Frankfurterstraße 110.
6. **Mölenbrock,** Brunnenstr. 58.

Wir ersuchen **sämmtliche** Arbeiter, uns in unseren Bestrebungen unterstützen zu wollen.
Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die Geschäfte, welche unsere Forderungen bewilligt haben, in kürzester Zeit im „Berliner Volksblatt", sowie durch Plakate in den Schaufenstern bekannt gegeben werden.

Heute, Donnerstag, d. 14. d.,
Abends 8½ Uhr, in **Orschel's** Salon, Sebastianstraße 39:
Gr. Versammlung der Militärschneider.
Tagesordnung:
1. Sind die **Arbeitslöhne** in der **Militärbranche** den heutigen Verhältnissen entsprechend?
2. Die eventuelle Gründung eines Vereins der Militärschneider.

Um recht zahlreiches Erscheinen **aller** Kollegen ersucht [803
Die Siebener-Kommission.

Achtung! Bildhauer!
Gesperrt. Zu den bis jetzt veröffentlichten Werkstätten kommen zu: **Gustav Milde,** Poststraße 7/8, H. l. 1 Tr. (arbeitet für Groschkus). **Ziska,** Adalbertstr. 20. — Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die gesperrte Firma **J. C. Pfaff,** Engelufer 1c (Werkführer **G. Hellmann**), wieder **Deckadresse** gebraucht hat, nämlich **Adalbertstr. 38, v. part. l.** Meldung: 11 bis 1 Uhr. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich **nur** an die Stellenvermittlung der Bildhauer Berlins, Abends 8—9, Sonntags Vorm. 10—11 Uhr, zu wenden. Arbeitslose wie Streikende haben sich täglich bei der Kommission der Bildhauer zu melden, und die Unterstützung des Sonnabends in Empfang zu nehmen. 804
Die Kommission, Annenstr. 16. F.-A. IV 983.

Berlin S., City-Passage, Laden 14, Dresdenerstr. 52/53 eröffnete ich eine
Buchhandlung für Arbeiter.
Ich führe besonders:
1. Sämmtliche Werke aus dem Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart.
2. Berliner Arbeiterbibliothek.
3. Alle für den Arbeiter wichtigen Gesetze in den zweckmäßigsten Ausgaben.
4. Weltgeschichten.
5. Billige und gute Conversations-Lexika und Fremdwörterbücher.
6. Populäre naturwissenschaftliche Werke.
7. Moderne realistische Romane und Dramen von: Zola, Daudet, Goncourt, Maupassant, Ibsen, Björnson, Kielland, Strindberg, Krogh, Garborg, Dostojewski, Tolstoi, Turgenieff, G. Hauptmann, M. Kautsky u. a. m.
8. Die Klassiker. **Theilzahlung gestattet.**

Jedes Buch wird auf Wunsch schnell besorgt. Einrichtung ganzer Bibliotheken für Fachvereine. Versandt nach auswärts **franco. Colporteuren hoher Rabatt.**
R. Baginski, Buchhandlung, City-Passage.

Empfehle allen Genossen meine
Glaserei und Bildereinrahmung.
Besonders empfehlenswerth und zu jedem Geschenk passend:
Lassalle und **Hasenclever** als Präsidenten.
Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht, Singer in Visites und Kabinet u. s. w.
Medaillons, Streichholzhülsen,
■ **Gipsbüsten.** ■
Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Nach Auswärts brieflich.
Karl Scholz,
695] **Wrangel - Strasse 32.**

Bitte lesen Sie!
Im Versatz verfallene
Winter-Paletots,
sowie **Anzüge, einzelne Jaquets, Hosen, Damen-Mäntel** und **-Kleider, Hüte, Stiefel, Wäsche, Uhren, Betten, Reise- u. Holzkoffer rc. Alles** in alt und neu sehr billig zu verkaufen bei [1745
A. Wergien, Skalitzerstr. 127.
Bitte recht genau auf Namen und Nummer zu achten.
Für reelle Bedienung bürgt mein seit 18 Jahren bestehendes Geschäftsrenommé.

Allen Freunden und Gönnern empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.
Großes und kleines Vereinszimmer zu vergeben
709 **Adolf Flick, Boyenstr. 40**

G. Schneiderin empfiehlt sich den g. Damen. Schönholzerstr. 10, 3 Tr. get. [794

Grosse Volks-Versammlung
am Donnerstag, den 14. November, Abends 8 Uhr, auf Ti[...]
Tages-Ordnung:
1. Welches sind die gesetzlichen Bestimmungen für die Klage eines Arbeiters wegen [...] forderung? Referent Herr Rechtsanwalt Arthur Stadthagen. 2. Diskussion. 3. Verschie[...]

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
Der Einberufer.

Grosse öffentl. Volks-Versammlun[g]
des III. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Freitag, d. 15. November, Abends 8½ Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstr. [...]
Tages-Ordnung:
1. Die politische Lage, unter Berücksichtigung der bevorstehenden Reichstagswahlen. [...] E. Wildberger. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten für den III. Be[rliner] Reichstags-Wahlkreis. 4. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet eine Tellersammlung statt. **Der Einberufer.**

Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
Donnerstag, Abends 8 Uhr, in d. Central-Festsälen, Oranienstr. 18[...]
für den 13., 14., 15. u. 17. Kommunal-Wahlbezirk.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Ref.: Franz Tutzauer [...] Arthur Stadthagen. 2. Diskussion und Verschiedenes.

796 **Das Central-Wahlkomitee.**

Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
für die Wähler der Kommunal-Wahlbezirke 24 u. [...]
am Freitag, d. 15. November, Abends 8 Uhr,
im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee Nr. 11—13.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Herr Vogtherr.
2. Verschiedenes.

Es wird gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Das Central-Wahlkomitee.**

Verband deutscher Gold- und Silber-Arbei[ter]
und verwandter Berufsgenossen (Zahlstelle Berlin).
Am Donnerstag, den 14. November, Abends 8½ Uhr, bei Feuerstein,
Alte Jakobstraße 75 (unterer Saal):
Ausserordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Das Koalitionsrecht. Referent Herr Fritz Zubeil. 2. D[...] 3. Wahl des überwachenden Ausschusses. 4. Verschiedenes, darunter Wahl einer Preßko[mmission].
Neue Mitglieder werden in der Versammlung durch den Kassirer H. P. Zeuge aufge[nommen]. Zeitungen u. Beiträge ebendaselbst. Gäste willkommen! Um zahlreiches Erscheinen wird [...]
800 **Der Vorstand.**

802
Maler!
Freitag, den 15. November, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. [...]
Versammlung sämmtlicher 6 Filialen Berlins der Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer u. s. w.
Tagesordnung: 1. Wahl zweier Revisoren. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig. **Der Vereinsvorstand.**

Berlin S.-O. **August Herold,** **Berlin S.-O.**
Nr. 5. Reichenbergerstraße Nr. 5,
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstraße.
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
Gediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Coulante Zahlungsbedingungen.

Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen,
Läufer und Linoleum.
Verkauf zu Fabrikpreisen.
Grosses Lager von Portièren, Reise- und Tischdecken.
Stoehr & Behr, Berlin N., **2 F. Chausseestraße 2 F.**

Ich bitte Sie, kaufen Sie nirgends, ohne vorher die riesigen Winter-Lager beim **Kleider-Pascha** in der **billigen Rosenthalerstr. 32** besichtigt zu haben; die Preise sind durchweg die **Hälfte billiger** wie bei der Konkurrenz.
20 000 elegante Winter-Paletots, neuester Mode, in **gr. Massen-Ausverkauf** (sonst 40 M.) **jetzt nur** 12, 15, 18, 19 M. Prima **20 000 Winter-Paletots,** die denkbar besten und elegantesten (sonst 75 M.) **jetzt nur** 20, 21, 24, 25, 27, 30, 33, 35 M. 10 000 Jacket- und Rock-Anzüge, Braut-Anzüge, Hosen und Westen, 8000 Schlafröcke, jetzt halb umsonst.
8000 Knaben-Winter-Paletots. 6000 Knaben-Anzüge für jedes Alter, jetzt im Ausverkauf noch viel billiger wie bisher.
Sonntags auch Abends geöffnet.
„Kleider-Pascha", Rosenthalerstr. 32
Ecke Sophienstr., Eckladen. [52
Man achte genau auf **32** und **Eckladen.**
Eckladen.

Präger auf Carton finden lohnende Beschäftigung bei
793 **Wilh. Boehme,** Reichenbergerstr. 158.

Eine geübte **Packmacherin** verlangt
797] **F. Wienert,** Rosenthalerstr. 23.

Engl. Tüll-Gardinen
per Fenster von 2,50 M. an,
einzelne Tischtücher per Stück 0,75 M.
einzelne Servietten per ½ Dtzd. 2 M.
einz. lein. Taschent. pr. ½ Dtzd. 1,25 M.
engl. Tüll-Gardinen von 30 Pf. pr. M[tr].
Damen-Hemden per ½ Dutzend 7,50 M.
Nachtjacken i. Piqué v. 7,50 M. pr. ½ Dtzd.
Aufträge von außerhalb gegen Nachnahme.
D. Meyerson, Poststraße 7.

Rohtabak **A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6.** [1...
am hiesigen Platze bekanntlich
Grösste Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise.
Sämmtliche im Handel befindlichen Mo[...]
Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6,
am Hackeschen Markt.

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaaren
Gr. Lager, bill. Preise
Emil Hoyer,
Brunnenstr. 28, Hof p[...]
Theilz. nach Uebereink[unft].
eigen. **Fabrik.**

Verantwortlicher Redakteur: **R. Cronheim** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2. **Hierzu eine Beilage.**

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 267. Donnerstag den 14. November 1889. 6. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 13. November, 1½ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Marschall.

Die am Montag abgebrochene Berathung des Antrages Rickert-Hermes, betreffend die Verstöße gegen § 43 der Gewerbeordnung, § 17 des Wahlgesetzes und die §§ 9 und 28 des Sozialistengesetzes bei den Wahlen, wird fortgesetzt, nachdem der Schlußantrag, der vorgestern die Veranlassung war, die Beschlußunfähigkeit des Hauses festzustellen, zurückgezogen worden.

Abg. **Marquardsen** (nat.-lib., Vorsitzender der Wahlprüfungs-Kommission): Derselbe legt das Verfahren innerhalb der Wahlprüfungs-Kommission dar. Erste Aufgabe derselben sei, die Wahlprüfung für das Plenum vorzubereiten. Materiell sei er mit dem Antrage Rickert einverstanden, auch gegen die Form habe er wenig auszusetzen; aber nach den Ergebnissen der Wahlprüfungen in der Kommission meine er, daß man dem Thatbestande auch durch Annahme der motivirten Tagesordnung, wie sie der Abgeordnete Müller beantragt, gerecht werde, zumal auch dieser Antrag Müller einen gewissen Tadel in sich schließe. Wenn in der Müller'schen motivirten Tagesordnung gesagt sei, es sei selbstverständlich, daß die Beamten die gesetzlichen Vorschriften innehalten müssen, so sei das so „stark", daß es eines Mehreren nicht bedürfe. Er empfehle daher den Antrag Müller zur Annahme.

Abg. **Rickert** (freis.): Wenn man diese Ausführungen des Herrn v. Marquardsen gehört, so muß man sich an die Stirne schlagen und fragen, wie passen seine Worte zu den neulichen Aeußerungen der Herren Fieser und Müller. Letztere haben unseren Antrag materiell bekämpft, heute dagegen sagt Herr v. Marquardsen, materiell stimme er unserem Antrage zu. Dieser unser Antrag soll freilich, wie man einwendet, einen Tadel gegen die verbündeten Regierungen enthalten. Aber nein! wir sprechen ja nur eine Bitte an die Regierungen aus. Ein Tadel enthält unser Antrag nur gegen die betreffenden nachgeordneten Beamten. Und wer die Berechtigung dieses Tadels leugnen wollte, der leugnet am Ende auch das Sonnenlicht. Und wenn zehn Müller's hierher kämen und das Verfahren der Beamten bei den Wahlen in Schutz nähmen, so werden damit doch die Thatsachen nicht aus der Welt geschafft. Was vorgestern von Herrn Fieser, Herrn Müller und dem badischen Bevollmächtigten v. Marschall über § 9 des Sozialistengesetzes gesagt worden ist, ist an sich schon so werthvoll, daß schon das als ein genügendes Resultat der Verhandlungen über unseren Antrag gelten darf. Herr Fieser warf uns vorgestern vor, unser Antrag bezweckt nur, die sozialistischen Stimmen bei den Wahlen für uns zu fangen. Kennt Herr Fieser denn wirklich keine andere Politik, als die des augenblicklichen Vortheils? (Unruhe) Ja, wir von unserer Partei treiben keine Politik um irgend welcher Vortheile willen. Wir haben keine Aussicht auf Geheimrathsstellen. (Beifall und Unruhe.) Wir buhlen nicht um die Gunst der Regierung, wir kämpfen für die Freiheit und die Rechte des Volkes. Der Kampf ist schwer und mühsam, wir werden uns aber durch ihren Spott und Hohn nicht davon abhalten lassen. Herr Fieser kann natürlich unser Verhalten bei dem Sozialistengesetz nicht begreifen. Möchte er doch mal versuchen, sich in den Gedankengang eines Mannes zu versetzen, dem die Wohlfahrt des Vaterlandes das Höchste ist. (Ah! rechts.) Möge er nur die Reden des früher von mir hochverehrten Kollegen von Bennigsen (Heiterkeit) lesen und bei dem Bennigsen von 1878 ein Privatissimum über die Natur des Sozialistengesetzes hören. (Zwischenruf: Sie haben ja selbst zweimal dafür gestimmt!) Allerdings, aber nur in dem Vertrauen, daß die Regierung Wort halten wird, daß es sich um eine einschneidende aber kurze Maßregel handeln würde. Elf Jahre sind gewiß lange genug für dieses Experiment; aber Sie sind jetzt bereit, das Gesetz für alle Zeit zu geben. Der Abgeordnete Fieser sagte vorgestern, nachdem ich über die badischen Verhältnisse Einiges gesagt hatte: „Die Redefreiheit, in solchem Umfange bei so geringer Begründung ausgeübt scheint mir fast eine Gefahr geworden zu sein in dieser Richtung." Wie wohl muß den Herren vom Bundesrath geworden sein, als so der Abg. Fieser wieder für ein Maulkorbgesetz plädirte. Auf die paar Worte hin, die ich über Baden gesprochen, will man die Redefreiheit auf dieser Tribüne beseitigen! (Zwischenrufe.) Herr Fieser enthüllt sich da in seiner ganzen Gestaltung. Das ist ihm so über die Zunge gelaufen, vielleicht hätte er es gern im Busen bewahrt. Ich habe nicht über das badische Volk gesprochen, sondern über das dortige Regierungssystem. Gegen das dortige Amtsverkündigerwesen, d. h. die Verbindung der politischen Presse mit dem offiziellen Annoncenwesen, sind unsere Kreisblätter in Preußen noch wahrhaft Gold. Wie hat sich in einem angeblich so liberalen Lande mit liberaler Kammermehrheit dieses Amtsverkündigerwesen so lange halten können? Infolge meiner vorgestrigen Rede hat man mir sofort aus Baden vieles Material darüber zur Verfügung gestellt. In einer großen Versammlung von 1500 Männern in Baden habe ich über die badischen Verhältnisse unter lebhafter Zustimmung von Mitgliedern aller Parteien gesprochen. Der betr. Amtsverkündiger brachte ein ganz objektives Referat, aber betreffs des Passus meiner Rede über badische Preßverhältnisse sagte er, er könne nicht begreifen, wie der Abg. Rickert in seinem sonst so objektiven Vortrag Dinge hineinbringen könne, die nicht hineingehören. Die Herren wollen also darüber nicht gerne etwas hören. Es giebt aber auch in Baden noch Männer, die anderer Meinung sind. Man wird auch aus diesem gewissermaßen gemüthlichen Traumzustande in Baden noch herauskommen, und dann wird das badische Volk dieser Wirthschaft bald ein Ende machen. Und dieses Regierungssystem deckt sich noch mit dem Mantel des Liberalismus! Mein Antrag hat mit den Wahlen nichts zu thun, seine Entstehung datirt aus dem Jahre 1887 und der Abg. Miquel war der eigentliche Urheber desselben. Damals waren auch die Nationalliberalen dafür, und es wurde nicht der Einwand gemacht, daß die Wahlprüfungskommission die Sachen schon erledigt hätte. Die Rede des Herrn Müller bietet mir mehr Gelegenheit zur Kritik. Er gefiel sich in einer witzig sein sollenden Darstellung des Herrn Rickert, der aus den Wolken gefallen sei, als man von ihm in der Wahlprüfungskommission Material verlangte. Es ist ordentlich komisch, er erwartet von mir Material, er, der Alles in den Akten vorhandene Material für erledigt erachtet, der die Zitate aus dem Buche „eines gewissen Muser" nicht gelten lassen will! Dieser „gewisse" Muser ist übrigens jetzt mit sehr großer Mehrheit in die zweite badische Kammer gewählt, ein anerkannt tüchtiger Rechtsanwalt mit großer Praxis. Solche Art der Diskussion mag Manchem, der von den Dingen Nichts versteht, so klingen, als ob irgend etwas dahinter steckte; uns können Sie damit nicht imponiren. Herr Müller sagt, Beweisaufnahmen sind nicht beschlossen, also sind die Sachen erledigt. Da möchte ich doch von vornherein einen sehr erheblichen Unterschied in Bezug auf die Unerheblichkeit der Protestbehauptungen machen bezüglich der Wahlfreiheit. Auch ich kann aus Ueberzeugung für die Giltigkeit einer Wahl stimmen, bei deren Entwickelung die allerhaarsträubendsten Sachen vorgekommen sind, deren Rüge ich wünsche. Diese zwei verschiedenen Dinge vermischt Herr Müller, wie es ihm paßt. Was unerheblich ist für das Wahlresultat, kann sehr erheblich sein für unsern Antrag, der auf Schutz der Wahlfreiheit gerichtet ist. In elf Jahren sind bei 1600 Wahlen 119 Proteste eingelaufen, also doch eine sehr erhebliche Zahl, die zur Kenntniß des Reichstags gekommen ist. Sie wollen die meisten davon als unerheblich ausscheiden. Um die Glaubwürdigkeit von Protesten zu beleuchten, glaubt Herr Müller, an die haarsträubenden Behauptungen in den Protesten gegen die Wahlen von Götz und Websky erinnern zu sollen, die sich sämmtlich bei der Beweisaufnahme als unwahr herausgestellt hätten. So spricht ein Mitglied des Hauses über Proteste, und Herr Fieser empfindet an solchen Ausführungen ein „doppeltes" Vergnügen! Ist das vielleicht die Sorgfamkeit, mit der ein Mitglied der Wahlprüfungskommission arbeitet? Wo ist denn der Beweis, daß Alles unwahr war? Die Wahl ist für giltig erklärt, eine Beweisaufnahme aber gar nicht beschlossen worden, weil die Kommission, auch die Wahrheit aller Protestbehauptungen vorausgesetzt, dennoch eine Mehrheit für Götz herausrechnete. Im Fall Henneberg soll der Reichstag die Auffassung der gothaischen Regierung vom § 9 des Sozialistengesetzes gebilligt haben. Wie ein Mitglied der Kommission solche horrible Behauptung hier aufzustellen vermag, mögen Andere verstehen. Bei der Debatte über jene Wahl haben zwei Nationalliberale, die Herren Peters und Kulemann, ausdrücklich sich dagegen verwahrt, mit ihrem Votum für die Giltigkeit gleichzeitig für die Gesetzmäßigkeit des gothaischen Erlasses zu stimmen. Der Reichstag hat entgegen der Behauptung des Herrn Müller, gar keinen Beschluß über diesen Punkt gefaßt. Am 13. Mai 1889 wurde über die Wahl des Abg. Henneberg diskutirt. Bei der Abstimmung erwies sich das Haus als beschlußunfähig. Mit uns stimmten aber damals für die Ungiltigkeit sehr entschiedene Autoritäten dieses Hauses, so die beiden Präsidenten v. Levetzow und v. Unruhe, ferner die Nationalliberalen Hobrecht, Hoffmann (Königsberg) und Römer (Hildesheim). Acht Tage nach dieser Verhandlung, bei einem völlig anders besetzten Hause, wurde mit 138 gegen 132 Stimmen die Gültigkeit beschlossen, aber die beiden Präsidenten stimmten wieder mit uns. Können Sie überhaupt diesem Beschluß, der nur mit sechs Stimmen gefaßt wurde, dessen Gründe Nationalliberale bekämpft haben, viel Staat und Rühmens machen? Im Falle Schmidt (Sagan) ist die Beanstandung der Wahl nicht „aus anderen Gründen", wie Herr Müller sagte, sondern auch deshalb erfolgt, weil Stimmzettelvertheiler sistirt worden sind oder die Vertheilung verboten worden ist. Es sind sogar zwei Beweiserhebungen beschlossen worden (Widerspruch des Abg. Müller), das hat das Bureau übersehen, Herr Müller hat es ebenfalls übersehen, und dann kommen die Herren und halten uns eine Vorlesung über Sorgfamkeit der Arbeit. Es sind zwei Beweiserhebungen beschlossen worden (Abg. Müller: Aber nicht erhoben! Heiterkeit rechts) — ja, dann wollen Sie mich eben nicht verstehen! Der Abg. Schmidt (Sagan) ist allerdings vorher verstorben (Abg. Müller: Also kein Beweis da!), aber die Thatsache dieser Beschlußfassung ist eben für unsern Antrag sehr erheblich. (Lachen rechts.) Im Falle Clauß, im Falle Panse, in allen diesen schon neulich von mir angeführten Fällen sind derartige haarsträubende Verstöße behauptet. (Zwischenruf des Abg. Kropatscheck: Schauderhaft!) Ja, das glaube ich, Sie wollen mit solchen ironischen Zwischenrufen die Sache abmachen. Es steht Ihnen als Volksvertretern nicht an, in dieser Weise zu höhnen! (Gelächter rechts.)

Es ist Pflicht des Reichstages zu verhüten, daß die Regierungen bei den nächsten Wahlen wieder durch ihr Verfahren die Entscheidung über Giltigkeit oder Ungiltigkeit einer Wahl in die Hände der niederen Polizeibeamten legen. Man erläßt doch auch sonst bei uns in den geringfügigsten Dingen endlos Anweisungen an die Unterbeamten. In Bayern erscheint auch jetzt noch jedesmal vor den Wahlen ein Kabinetsbefehl, der anordnet, die Vorschriften des Wahlgesetzes genau zu vollziehen, die Leitung der Wahlhandlungen mit Unparteilichkeit vorzunehmen, jede Beschränkung der Wahlfreiheit verbietet und pflichtmäßiges Enthalten alles Eingreifens vorschreibt. Können wir nun nicht mit Recht um eine ähnliche Instruktion bitten? — Wenn ich bei Berathung des Sozialistengesetzes nicht auf die Muser'sche Broschüre gekommen bin, so ist der Grund, daß ich nicht zum Wort gekommen bin. Was ich aber bei der Generaldiskussion des Etats über die Versammlung in Kehl vorgebracht, war einem Artikel der nationalliberalen „Straßburger Post" entnommen und die zu dem Verbot führende Rede des Herrn Geck war darnach ganz unvergleichlich milder als das, was Herr von Marschall uns neulich zitirte. Nach Auflösung der Versammlung in Kehl ist aber dem Redakteur Geck die Abhaltung jeder weiteren Versammlung verboten. Ist das nun die richtige Handhabung des Sozialistengesetzes? Es ist eine schreiende Verletzung dieses Gesetzes, eine vollkommen gesetzwidrige Handlung. Ich markire diesen Punkt deshalb so scharf, weil Sie im Begriff sind, den Regierungen weiter den § 2 des Sozialistengesetzes in die Hand zu geben, dem der Vertreter Badens eine völlig gesetzwidrige Interpretation gegeben hat. Herr v. Marschall will weiter jene Dinge nur im Zusammenhange mit den Flugblättern betrachtet wissen, während diese doch nicht im geringsten damit zu thun haben. Die neuliche Aeußerung des Abg. v. Bennigsen, ob wir denn in Deutschland wirklich so bankerott seien, wie es der Abg. Richter in seiner Rede schilderte, erhält durch diese Zustände eine eigenartige Beleuchtung. Ein Sozialdemokrat, der mir in einer großen badischen Versammlung gegenübertrat, war gegen unsere norddeutschen Sozialdemokraten genommen noch ein wahres Kind, denn er betonte sofort im Anfange seiner Rede, daß er eine Reform auf einem ruhigen gesetzlichen Wege wolle. (Rufe rechts: das sagen die Andern auch!) Ich meine, unser Strafgesetzbuch reiche aus. Haben denn die Herren dieselben Empfindlichkeiten gegen jene antisemitischen Flugblätter, die selbst in den Berliner Schulen und unter unserer Jugend vertheilt werden? Weit stärker, als in den sozialdemokratischen Flugblättern, wird hier der Haß gegen die Besitzenden, der Haß gegen das Großkapital, wenn es in fortschrittlichen Händen ist, gepredigt. Auch in konservativen Flugblättern, namentlich in jener Sammlung, betitelt „der deutsche Patriot", ist der Ton ein ähnlicher. Es ist sogar viel härter und toller, als Herr von Marschall uns neulich aus badensischen Flugblättern zitirt hat. (Widerspruch und Lachen rechts.) Ich weiß nicht, was Ihr Lachen bedeuten soll, ich gratulire Ihnen aber zu dieser Auffassung und es scheint mir so etwas wie verwandtschaftliche Liebe zu diesen Adoptivkindern bei Ihnen vorhanden zu sein. Es kommt nicht darauf an, was Sie jetzt beschließen; die Wähler werden entscheiden, ob ein Haus, welches, wie das jetzige, mit der Wahlfreiheit so umspringt, oder die früheren Reichstage, wo vollständig andere Prinzipien herrschten, ihnen lieber sind. Die Wahlkommission ist Schritt für Schritt in ihren freiheitlichen Prinzipien zurückgegangen. Das Volk wird aber selbst die Dinge in die Hand nehmen und bei den nächsten Wahlen durch eine Anzahl unparteiischer Männer alle Verstöße zur Kenntniß des Reichstags bringen. Die Herren verlangen Beweise für Wahlverstöße. Das deutsche Volk wird sie Ihnen bei den nächsten Wahlen erbringen.

Badischer Bevollmächtigter **v. Marschall**: Die beweglichen Klagen des Vorredners würden wohl auf das Haus einen sicheren Eindruck machen, wenn es nicht aus langer Erfahrung gewohnt wäre, daß der Abg. Rickert, wenn er sich in einem oratorischen Angriffe zu weit vorgewagt hat, Deckung sucht, indem er über die bösen Menschen schilt, die ihn verkennen, die ihm Unrecht thun. (Heiterkeit, Widerspruch des Abg. Rickert.) Nach mehrmaliger Prüfung der Sachlage kann ich weder bezüglich meiner thatsächlichen, noch meiner rechtlichen Darlegungen ein Wort zurücknehmen. (Hört! hört! rechts.) Bei Berathung des Sozialistengesetzes wurde in Uebereinstimmung mit dem Abg. v. Stauffenberg von dem Referenten Schwarze der § 9 dahin präzisirt, daß Versammlungen, die lediglich dem Zwecke der Wahl dienen, dem Gesetze nicht unterstehen, daß aber, wenn der Nachweis geliefert werde, daß in Wahlversammlungen auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen gefördert werden, der § 9 zur Anwendung komme. In Offenburg lag der letztere Fall vor. Kandidat war ein Sozialdemokrat, der wiederholt mit dem Sozialistengesetz in Konflikt gekommen war, dem zwei Blätter unterdrückt waren, der wegen Theilnahme an einer verbotenen Verbindung zur Einschmuggelung des „Sozialdemokrat" bestraft war; ferner war vorher die Wahlversammlung in Kehl aufgelöst, weil dort auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen zu Tage getreten waren. Daß auch auf die Persönlichkeiten des Kandidaten, wenn auch nicht ausschließlich, Rücksicht zu nehmen sei, ist ebenfalls bei der Berathung des Sozialistengesetzes vom Reichstag ausgesprochen worden. Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, als ob ich hier eine neue, unerhörte Interpretation gebe; meine Auslegung gründet sich ausschließlich auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Der Abgeordnete Rickert scheint gefühlt zu haben, daß seine neulichen Aeußerungen auf schwachen Füßen stehen. (Abgeordneter Rickert: Gar nicht!) Er hat deshalb außer auf die Muser'sche Broschüre sich heute noch auf das Amtsverkündigerwesen und die Vorgänge in Bensheim gestützt. Das Amtsverkündigerwesen ist eine interne badische Einrichtung, über die ich eine Diskussion hier ablehne; und Bensheim liegt gar nicht in Baden, sondern in Hessen. (Heiterkeit.) Das Verbot der beiden Wahlflugblätter wird von Herrn Muser bemängelt, weil darin die Versicherung abgegeben werde, daß die Sozialdemokratie ihr Programm selbstverständlich nur in friedlichem Wege ausführe; das Gesetz könne nur zur Anwendung kommen, wenn ein bestimmter, auf Gewalt gerichteter Wille nachgewiesen werde. Das widerspricht aber vollkommen der Absicht des Gesetzes, das schon die Handlung treffen will, die ihrer Natur nach und höchstwahrscheinlich auf Gewalt hindrängt und bei der die Betheiligten sich dieser Wirkung bewußt sind. Das Rezept, das den Sozialdemokraten in Offenburg wahrscheinlich von rechtskundiger Seite gegeben worden ist, sich mit jener friedlichen Versicherung einen Freibrief dafür zu erwerben, Alles zu sagen, was sie wollen, hat bei den badischen Behörden nicht gewirkt. (Beifall und Heiterkeit rechts.) Daher der Unmuth, die Anklage, die Broschüre! In der angezogenen Nummer des von Geck redigirten „Südwestdeutschen Volksblattes" heißt es u. A., das sei das Tiefbeschämende für die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, daß sie alles Rechts- und Schamgefühl verloren habe, daß das Sozialistengesetz ein Denkmal von Deutschlands Schande sei, daß der deutschen Bürgerschaft alles Denken abhanden gekommen sei. Muser nennt das eine scharfe, aber erlaubte Kritik des Gesetzes; ich nenne das einen Hetz- und Schimpfartikel aus dem sozialdemokratischen Hauptquartier, der keine andere Tendenz und Wirkung haben kann, als die Besitzlosen gegen die Besitzenden aufzuhetzen. (Beifall rechts.) Den Fall will § 11 treffen. Wer das nicht einsieht, mag ein braver Mann sein (Heiterkeit rechts), darf aber billiger Weise keine Broschüre über das Sozialistengesetz schreiben! (Sehr richtig! rechts.) Ein anderer Fall betrifft das Verbot einer Druckschrift. Gelegentlich einer Einquartierung in Offenburg war den Soldaten der Besuch gewisser Wirthschaften verboten worden; das „Südwestdeutsche Volksblatt" führte bittere Klage darüber und gab als Mittel, das Verbot zu umgehen, den sozialdemokratischen Quartiergebern an, mit ihren Soldaten nicht in das Wirthshaus zu gehen, sondern das Bier in das Haus holen zu lassen, dort den Soldaten interessante sozialistische Schriften vorzulegen und sie dann zu belehren, wie recht und wohlmeinend die Anschauungen der Sozialdemokraten seien. Nun mag man bei dem Geist und der Disziplin unserer Armee der Meinung sein, daß sich Soldaten durch Sozialdemokraten nicht leicht zum Treubruch würden verführen lassen. Nichtsdestoweniger ist dieser Versuch eine Rüttelung an den festen Fundamenten unserer staatlichen Ordnung. (Sehr richtig! rechts.) Das hat auch die Reichskommission unumwunden anerkannt. Die badische Regierung trifft gewiß kein Vorwurf, wenn sie diesen Dingen ein ernstes Augenmerk schenkt. (Beifall rechts.) Am Allerwenigsten ist dieser Fall zur Deduktion geeignet, daß auch berechtigte Bestrebungen der Arbeiter mit dem Sozialistengesetz getroffen werden, er zeigt vielmehr, mit wie wenig Recht die Sozialdemokraten ihre Bestrebungen mit denen der arbeitenden Klassen überhaupt identifiziren. Es beschimpft den ganzen Arbeiterstand, wenn man versucht, eine solche Infamie, die Soldaten zum Treubruch zu verleiten, dem Arbeiterstande im Allgemeinen in die Schuhe zu schieben. (Beifall rechts.) Auf diese Ausführungen Muser's hat der Abg. Rickert seine Anklage gegründet. (Abg. Rickert: Ganz falsch!) Nun, dann steht die Anklage Rickert's überhaupt völlig in der Luft. Wenn sozialdemokratische Abgeordnete solche Angriffe vorbringen, so liegt darin eine erkennbare Taktik. Die Sozialdemokratie klagt am lautesten über Verletzung von Gesetz und Recht, wenn sie selber Gesetz und Recht mit Füßen getreten hat. (Sehr richtig! rechts.) Wenn aber von Seiten eines Mitglieds der freisinnigen Partei ähnliche Beschuldigungen beweislos vorgetragen werden, dann müssen dieselben als grundlos und unberechtigt zurückgewiesen werden. Wenn der Abg. Rickert neulich gesagt, daß ihm Alles in Baden mißfalle (Abg. Rickert: Im Gegentheil!), so kann ich das außerordentlich bedauerlich finden, wir müssen uns in die Thatsache finden (Heiterkeit rechts) und werden den Versuch machen müssen, dieses harte Schicksal mit Würde und Fassung zu tragen. (Erneute Heiterkeit rechts.) So oft der Abg. Rickert grundlos und ungerecht uns angreift, werde ich nicht ermangeln, dieses Verfahren jeweils in gebührender Weise zu kennzeichnen und auf das Allerentschiedenste zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Hegel** (kf.): Wir können Herrn Rickert nicht

das Recht zugestehen, uns über unsere Aufgabe als Volksvertreter irgendwelche Vorschriften zu machen. Unsere Heiterkeit galt lediglich seinen Ausführungen und nicht den Wählern, deren Wahlrecht angeblich beschränkt werden soll. Was hat denn Herr Rickert heute vorgebracht, um seine schwere Niederlage von gestern zu repariren? Eigentlich gar nichts. Herr Müller hat sich allerdings in einem Namen geirrt. Dasselbe ist auch Herrn Rickert passirt. Er hat sich darüber beklagt, daß er nur zwei Tage Zeit gehabt habe, um sich über die Sache zu informiren. Nein, er selber hat angeführt, daß er bereits am 27. April 1887 diesen Antrag gestellt hat, und er hat in der That kein weiteres Material zusammengetragen, als er vorgestern und heute angeführt hat (sehr richtig! rechts; hört, hört!), und er hat sich durch eine Verschiebung der Beweislast aus der Affaire ziehen wollen. Es sei nicht seine Sache, dieses Material beizubringen sondern er sei berechtigt, seinen Antrag an das Haus zu bringen, und dieses und die Kommission würden schon das nöthige Material finden. Harmlos sei ein höfliches Ersuchen in einer selbstverständlichen Sache. Ja, im bürgerlichen Leben nennt man ein höfliches Ersuchen in einer selbstverständlichen Sache eine Grobheit. Denn dies Ersuchen drückt aus, daß der Gegner es versäumt hat, etwas Selbstverständliches zu thun, Herr Rickert hat die Verpflichtung, nachzuweisen, daß die Bundesregierungen versäumt haben, eine selbstverständliche Sache zu thun, nämlich die Behörden zum Rechten zu halten, und diesen Beweis hat er nicht erbracht. Er hat nicht bewiesen, daß „in den letzten Jahren vielfach Verstöße gegen § 43 u. s. w." vorgekommen sind. (Sehr richtig! rechts.) Es bleibt bestehen, daß wegen solcher Verstöße nur 119 Wahlproteste eingegangen sind und daß sie nur in 31 Fällen durch Beweis erhärtet sind. Die anderen Fälle sind noch nicht aufgeklärt; daß auch in diesen solche Verstöße nicht vorgekommen, behaupte ich gar nicht, aber die Verstöße sind nicht nachgewiesen. Wie vorsichtig man in diesen Sachen sein muß, ergiebt der von Herrn Singer angeführte Fall von Oertzen in Mecklenburg. Die Oertzen'sche Verfügung stammt vom 6. November 1888. Der damalige Abgeordnete war der Oberbürgermeister Haupt in Wismar. Dieser starb im März d. J. Darauf ist die Nachwahl angeordnet worden. (Hört! hört! rechts.) Trotzdem behauptet Herr Singer schlankweg, diese Verfügung wäre erlassen worden gelegentlich der Wahl des Abg. Brunnengräber. (Hört! hört! rechts; Abg. Singer: Da ist die Verfügung benutzt worden). Die Nachwahl erfolgte am 23. Mai d. J. Der betreffende Stimmzettelvertheiler hat auch nicht zwei oder drei Tage in Haft gesessen, sondern er ist noch mit dem Abendzuge, den er ohnehin benutzen wollte, nach Schwerin befördert worden. Die Verfügung war auch nicht der Grund der Verhaftung, sondern der Verstoß gegen das Paßgesetz. Die Polizeibehörde ist auch wohl befugt, bei den Wahlen Flugblätter zu beschlagnahmen, wenn der Verdacht besteht, daß sie gegen das Sozialistengesetz verstoßen. Das Einzige, was der unglückliche Amtsvorsteher versäumt hat — nota bene, zu einer Zeit, wo keine Nachwahl stattfand —, ist, daß er nicht von verbotener sozialdemokratischer Agitation und von verbotenen sozialdemokratischen Flugblättern in seiner Verfügung gesprochen hat. Herr Träger hat behauptet, solche Verstöße von Beamten seien nur gegen die oppositionellen Parteien vorgekommen, eine konservative Wahlversammlung würde niemals verboten, nur für die Kartellparteien würde von Beamten agitirt. So liegt die Sache doch nicht. Nach einem Referat der „Freisinnigen Zeitung" vom 3. Oktober 1889 hat ein Gemeindevorsteher im Kreise Insterburg die Vertheilung von Stimmzetteln und Flugblättern zu Gunsten der freisinnigen Partei angeordnet, er hat sogar den Wählern als Gemeindevorsteher Steuerermäßigung versprochen, wenn sie für die freisinnige Partei stimmen würden. (Hört, hört! rechts) Da hat der Gemeindevorsteher allerdings das Unglück gehabt, abgefaßt zu werden von dem lediglich aus freisinnigen Mitgliedern bestehenden Kreisausschuß. (Hört, hört! rechts.) Das würde ja dem Abg. Träger gefallen, wenn die Regierung bei den Wahlen eine neutrale Stellung beobachtete. Wenn aber er und seine Freunde die Wähler aufklären wollen, dann müssen sie es auch der Regierung von ihrem Standpunkte aus gestatten. Hoffentlich wird die Regierung das immer thun, und darin liegt kein Verstoß gegen das Wahlgesetz. Wir sind fest überzeugt, daß in dem Antrag Rickert ein Mißtrauensvotum gegen die Bundesregierungen liegt und dazu werden wir uns niemals hergeben.

Abg. Frhr. **v. Heereman** verzichtet auf das Wort.

Abg. **Müller**-Marienwerder: Der Abg. Rickert hat seine empfindlichste Niederlage durch eine Kanonade mit tönenden Worten maskirt. Er hat sich mit nebensächlichen Punkten beschäftigt, die mit der Begründung seines Antrages nichts zu thun haben. Was den Fall Henneberg anbetrifft, so muß ich meine Bemerkungen aufrecht erhalten. Die Wahlprüfungskommission hat die Frage, ob das Verfahren des gothaischen Ministeriums korrekt gewesen oder nicht, ausdrücklich bejaht. In dem schriftlichen Bericht der Wahlprüfungskommission heißt es, daß die Begründung des gothaischen Ministeriums eine zutreffende sei und daß eine enger umgrenzte und den gegebenen Verhältnissen unmittelbar entnommene Thatsache sich kaum denken lasse. Dies hat nur die Minderheit der Kommission in Abrede gestellt. Durch die Giltigkeitserklärung der Wahl des Abg. Henneberg hat sich der Reichstag der von mir vertretenen Auslegung des Sozialistengesetzes angeschlossen. Wie ungerechtfertigt der Rickert'sche Antrag ist, hat die Bezugnahme auf die Muser'sche Broschüre gezeigt. Hat denn Herr Rickert gar kein Verständniß dafür, daß er in dieser Sache dem Bundesrath gegenüber eine eklatante Niederlage erlitten hat? (Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Für das Deutsche Reich ist es ja weiter kein Unglück, wenn Herr Rickert in dieser drastischen Weise von Mitgliedern des Bundesraths abgeführt wird. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck als unparlamentarisch.) Aber das wäre ein Unglück für das Ansehen und die Würde des Reichstages, wenn die Einzelstaaten von uns aus Gelegenheit erhielten, dem Reichstag gegenüber solche unbegründete Angriffe zurückzuweisen. Jede Regierung wird sich gekränkt fühlen, wie es die badische gethan hat, und wenn wir nicht den Beweis dafür, daß unsere Vorwürfe begründet sind, erbringen, so werden sie uns in jedem Falle eine Niederlage bereiten. Ob Muser Recht hat, oder der Herr Bundesbevollmächtigte, können wir hier ja nicht ohne Weiteres entscheiden, im Zweifelsfalle möchte ich aber dem Letzteren größeren Glauben beimessen, weil ihm das amtliche Material zu Gebote steht. Herr Rickert ist darauf zurückgekommen, daß er etwas Selbstverständliches, aber auch ganz Harmloses verlange und nicht begriffe, wie Jemand eine solche Aufforderung übelnehmen könnte. Ich will ein etwas drastisches Beispiel wählen, um ihn zu widerlegen. Wenn Jemand es unternehmen wollte, an den Abg. Rickert das Ersuchen zu richten, in Zukunft logisch und vernünftig zu sprechen (Lärm links. Abg. Rickert: Lassen Sie ihn doch!), so würde der Abg. Rickert diesen Ausdruck mit Recht für eine Impertinenz erklären können. Er spricht selbstverständlich immer logisch. (Heiterkeit rechts.) Ich entnehme aus seiner Entrüstung, daß er empfindlich berührt ist selbst durch diese hypothetische Form. Er wird also umsomehr es als berechtigt anerkennen müssen, daß es für die einzelnen Regierungen und den Bundesrath eine Mißtrauenserklärung und eine kränkende Form der Beschlußfassung ist, wenn wir das Ersuchen an den Bundesrath richten, etwas Selbstverständliches zu thun. Der Abg. Rickert ging so weit, zu behaupten, die Beamten glaubten sich der Billigung der vorgesetzten Behörden zu erfreuen, wenn sie bei den Wahlen einen Druck ausübten. Liegt darin nicht eine Andeutung, daß dies von den Regierungen gebilligt wird? Rickert hat zu verstehen gegeben, daß die Regierungen, wenn sie nicht nochmals diese Instruktion ausdrücklich vor jeder Wahl wiederholen, sie eigentlich im Hintergrunde die Absicht haben, diese Ansicht bei den Wahlen wachzuhalten. Das ist eine ganz unerhörte Insinuation, die Herr Singer etwas deutlicher und offener ausgesprochen hat. Ungenauigkeiten in meinem neulichen Vortrage können mir nicht vorgeworfen werden. Daß ich den Fall Henneberg richtig aufgefaßt habe, habe ich bereits bewiesen. Auch in dem Fall Schmidt (Sagan) ist ein Verstoß gegen das Gesetz nicht nachzuweisen. Das Material in dem dazu eingegangenen Proteste läßt sich nicht für die Behauptung verwerthen, daß der Amtsvorsteher in Kottwitz sich einer tendenziösen Anwendung des Gesetzes zu Ungunsten der Liberalen schuldig gemacht hat. Bei diesem Fall kamen geradezu Kuriosa vor; in der Wahlprüfungskommission wurde von freisinniger Seite der Antrag gestellt, die Wahl des Abg. Schmidt (Sagan) für ungiltig und an dessen Stelle den Oberbürgermeister v. Forckenbeck für gewählt zu erklären. Herrn Träger bemerke ich, daß ich die Kompetenz des Reichstages, sich mit dieser Sache zu beschäftigen, durchaus nicht bestritten habe, der Reichstag muß dann aber für einen solchen Antrag eine andere Begründung haben als die, welche sich auf Zeitungsnotizen und anderes unbegründetes Material stützt. Was für ein Zetermordio würde in der Presse erhoben werden, wenn z. B. in Preußen der Minister des Innern auf Grund von Zeitungsnotizen, vielleicht auf eine Rede des Herrn Stöcker, in die Kommunalverwaltung Berlins eingriffe. Ebenso unzulässig ist hier ein Eingriff des Bundesraths in die Verwaltung der Einzelstaaten. Der Abg. Träger hat sich vorgestern eigentlich von den Grundsätzen der freisinnigen Partei völlig abgewendet, und man kann hoffen, daß er nächstens seinen Platz neben Herrn v. Hammerstein nehmen wird. (Heiterkeit.) Denn er sagte, es käme im Falle Henneberg auf die Autorität und nicht auf die Majorität an, und die Autorität sei in diesem Falle auf Seiten der Minorität. Endlich bestritt der Abg. Träger meine Behauptung, daß zur Vertheilung von Flugblättern ein Wandergewerbeschein erforderlich sei. Nach der bezüglichen Gewerbeordnungsvorschrift, deren Vater ja der Abgeordnete Träger selbst ist, in Verbindung mit dem Preßgesetz trifft diese meine Behauptung vollständig zu. Wenn der Abg. Träger das seiner Zeit selbst in die Gewerbeordnung hineingebracht hat, so hat er damals flüchtig gearbeitet. (Beifall rechts.)

Präsident **v. Levetzow**: Der Herr Abg. Müller hat gesagt: „Wenn es Jemand unternehmen wollte, an den Abg. Rickert das Ersuchen zu richten, in Zukunft logisch und vernünftig zu sprechen, so würde er diesen Ausdruck mit Recht für eine Impertinenz erklären können." Es kommt nicht so sehr auf den strengen Wortlaut wie auf den Sinn an, den ein Redner in seine Bemerkung legt. Ich muß diesen Sinn hier dahin verstehen, daß ich diese Redewendung des Abg. Müller für parlamentarisch unzulässig erkläre. (Abg. Müller meldet sich ums Wort zur Geschäftsordnung.) Ich bemerke, daß zur Geschäftsordnung Einwendungen gegen das, was ich eben gesagt habe, nicht zulässig sind.

Abg. **Müller** (zur Geschäftsordnung): Ich verwahre mich nur dagegen, daß ich irgend an die Möglichkeit gedacht haben sollte, in meinen Worten den Sinn gefunden zu sehen, als ob ich irgendwie ernstlich eine derartige Bemerkung über den Abg. Rickert hätte machen wollen.

Abg. **Singer**: Der Herr Bevollmächtigte für Baden hat nicht die Spur eines Beweises für die Dinge erbracht, die er behauptet hat. Er führte an, daß das „Südwestdeutsche Volksblatt" wegen eines Artikels über die Muser'sche Broschüre verboten sei. Man sollte doch von Jemand, der eine große Partei des Landes beschimpft —

Präsident **v. Levetzow**: Hier in diesem Hause beschimpft Niemand etwas.

Abg. **Singer**: Der Artikel ist nur ein Abdruck aus Berliner Blättern gewesen, in denen derselbe unbeanstandet erschienen war. In demselben war auch nicht eine Spur von Bestrebungen, die unter das Sozialistengesetz fallen. Die Reichskommission hat das Verbot auch wieder aufgehoben, was ja nicht selten ist. In keinem Lande werden so viele Verbote aufgehoben, wie in Baden. Die übrige Arbeiterpresse, in welche der Artikel übergegangen ist, ist nicht verboten worden. Die Auffassung in der Muser'schen Broschüre entspricht auch den Thatsachen. In dem Verfasser derselben lebt noch das alte juristische Gefühl, von dem unser Richterstand vor dem Sozialistengesetz beseelt war. Muser will nicht Verbote von Zeitungen und Vereinen, nicht Ausweisungen von Personen auf Grund einer Tendenz, sondern nur von Thatsachen, die einen berechtigten Grund dafür abgeben. Darin liegt das Verdienst der Broschüre. Was die Einquartierungen betrifft, so hätte der Bevollmächtigte für Baden richtiger darüber referiren können. Den Gastwirthen, deren Geschäft man vorher durch das Verbot für die Soldaten, in denselben zu verkehren, fast ruinirt hat, wurde doch die Last der Einquartierung auferlegt. Ist es da nicht erklärlich, wenn die sozialdemokratische Presse fragte, wie das stimmen könne, und selbst auf die Gefahr des Verkehrs der einquartierten Soldaten mit den Sozialdemokraten in diesen Gastwirthschaften hinwies? Daß die Sozialdemokraten die Armee zum Treubruch verleiten wollen, hat der Bevollmächtigte für Baden nicht nachgewiesen. Auch der Nachweis, daß gegenüber Herrn Geck das Sozialistengesetz zur Anwendung gebracht werden mußte, ist Herrn von Marschall nicht gelungen. Ich habe nicht gesagt, daß der mecklenburgische Erlaß aus Anlaß der letzten Ersatzwahl entstanden, sondern nur, daß er dadurch in Funktion getreten ist. Auf die Beschwerde ist nur die Widerrechtlichkeit der Verhaftung ausgesprochen, die strafrechtliche Verfolgung des Amtsverwalters v. Oertzen aber abgelehnt worden. Ich selbst habe die Ueberzeugung, daß Herr v. Oertzen der Widerrechtlichkeit seines Erlasses sich bewußt war. Die Wähler gerathen hierbei in eine Zwickmühle, strafrechtlich wird der Betreffende nicht verfolgt, und das Disziplinarverfahren wird abgelehnt, weil er strafrechtlich nicht verfolgt werden kann. Das Vertrauen in den Rechtsstaat geht dabei vollständig in die Brüche. Aus den Ausstellungen des Abgeordneten Müller gegen mich geht hervor, daß er und seine Partei alles, was gegen meine Partei geht, nicht unter die Rubrik der Wahlbeeinflussungen stellt. Ein objektives Urtheil ist bei Ihnen eben ganz und gar unmöglich. Der vorliegende Antrag ist aber an eine Adresse gerichtet, die pflichtmäßig das Wahlrecht zu schützen hat. Dadurch, daß sich alle Verhandlungen hier im Reichstag zu einer Verurtheilung der sozialdemokratischen Partei zuspitzen, erkennen Sie nur die Wichtigkeit unserer Partei an. Weil Sie gegenwärtig über die Majorität verfügen, haben Sie nicht das Recht, derartig gegen uns vorzugehen. Aus den nächsten Wahlen, bei denen die Sozialdemokratie mit oder ohne Amtsverwalter-Erlasse ihre Stimmenzahl und Sitze vermehren wird, werden Sie nicht mit Ruhm bedeckt hervorgehen. Spielen Sie doch nicht gar zu sehr mit der Macht, die Sie jetzt in Händen haben, und lassen Sie sich bisweilen auch ein klein wenig von dem Rechtsgedanken leiten!

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt Abg. **Fieser**: Gegen den Vorwurf des Abg. Rickert, daß ich ohne eine Veranlassung meine reaktionäre Gesinnung über Beschränkung der Redefreiheit ausgesprochen hätte, behaupte ich, daß meine Ausführungen durch die unerhörten Aeußerungen des Abg. Singer und des Abg. Rickert hervorgerufen sind über unsere Landesfürsten und über die Zustände in Baden. Der Abg. Rickert hat zwar versucht, in seinen heutigen Ausführungen seine Aeußerungen abzuschwächen. Herr Rickert hat sich mit Hohn dagegen erklärt, daß man Baden einen Musterstaat nenne; die Mißstände forderten geradezu eine Bundesexekution gegen Baden heraus. Nicht den Schatten eines Beweises hat er für seine Behauptungen erbracht. Wenn ich mich mit Bezug auf die Aeußerungen Singer's auf den Ordnungsruf des Herrn Präsidenten berufe und diese dadurch als abgethan betrachte, so berufe ich mich bezüglich der Aeußerungen des Abg. Rickert auf die Anschauung aller Parteien des Hauses, wonach es unzulässig ist, ein ganzes Land ohne irgend einen Grund oder den Schein eines Rechtes bloszustellen.

Im Schlußwort bemerkt Abg. **Rickert**: Es ist erfreulich, daß Herr Fieser das Bedürfniß gefühlt hat, über seine Aeußerung gegen die Redefreiheit sich zu entschuldigen. (Widerspruch des Abg. Fieser.) Diese war nicht gegen den Abg. Singer, sondern lediglich gegen mich gerichtet. Nachdem der Herr Präsident den Abg. Müller bereits rektifizirt hat, ist es mir nicht mehr möglich, ihm zu sagen, was ich über seine Methode zu diskutiren denke. Ich ziehe nur die Konsequenz, wenn ich keinen Grund sehe, mit diesem Herrn weiter zu diskutiren. Das Parlament, welches sachliche Diskussionen gebietet, wird dadurch herabgewürdigt. Gegen Herrn v. Marschall bemerke ich, daß ich bezüglich der badischen Preßverhältnisse meine Angaben nicht aus der Muser'schen Broschüre habe. Ich leitete die gegenwärtigen badischen Preßverhältnisse aus dem System der Amtsverkündiger her. Wenn das eine innere badische Angelegenheit sein soll, die hier nicht zu diskutiren ist, so bitte ich aber auch, mir nicht zu sagen, daß ich mich nur mit Bezug auf die Muser'sche Broschüre über sie ausgelassen habe. Mir mißfällt auch durchaus nicht alles in Baden. Im Gegentheil, ich liebe die Badenser, und auch Herr von Marschall hat nicht das badische Wesen völlig abzustreiten vermocht, obgleich das bei der Vertretung einer solchen Partei leicht möglich ist. Der Schwerpunkt der Diskussion liegt für mich in der von ihm gegebenen Interpellation des § 9 des Sozialistengesetzes. Ich hoffe noch, daß auch dieser Reichstag diese Interpellation nimmermehr annehmen wird, daß nämlich wenn einmal eine Versammlung, in der ein sozialdemokratischer Redner gesprochen hat, aufgelöst ist, diesem Redner überhaupt nicht mehr in Versammlungen zu reden gestattet wird. Auch insofern ist die Debatte für mich aufklärend gewesen, als einer der Herren von rechts die Aufrechterhaltung einer vollständigen Neutralität der Regierung bei den Wahlen für unmöglich erklärt hat. Die Regierung ist die Hüterin der Gesetze, und das Wichtigste, die Wahlfreiheit zu schützen, ist immer ihre Pflicht. Wenn Sie auch von unbewiesenen Thatsachen sprechen, so ist doch konstatirt, daß im Lande eine Masse von Beschwerden vorhanden sind. Wir haben seit dem Jahre 1878 und seit jener glänzenden Rede des Abg. von Bennigsen gegen das Sozialistengesetz in Bezug auf reaktionäre Wandlungen ganz kolossale Fortschritte gemacht. Das Rechtsgefühl ist durch die Handhabung des Sozialistengesetzes geradezu abgestumpft und dieser Schaden ist unreparirbar, besonders wenn Sie jetzt ein solches Gesetz für immer annehmen. Wenn Sie uns unsere heutige Niederlage vorhalten, so wünsche ich uns noch viele solcher Niederlagen, wenn wir dabei immer die wichtigsten Rechte des Volkes schützen.

Der Antrag Müller auf Annahme der motivirten Tagesordnung wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten angenommen. In der Minderheit stimmen auch die Nationalliberalen: Hoffmann (Königsberg), Dommes, Poll, sowie der fraktionslose Hildebrand.

Schluß nach 4¾ Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Berathung des Etats des Rechnungshofes, des Reichsamts des Innern, des Reichseisenbahnamts und der Verwaltung der Reichseisenbahnen.)

Lokales.

Die Lokalkommission von Rixdorf theilt uns mit, daß die Inhaber der Borussia-Brauerei, Kampschendel und Meinert, zwar ihre Lokalitäten sehr gern zu Arbeiterversammlungen hergeben würden, daß aber der Oekonom der Brauerei auf einen älteren Kontrakt gestützt, der Direktion energischen und erfolgreichen Widerstand entgegensetzt. Der Oekonom seinerseits sucht sein Verfahren damit zu rechtfertigen, daß ihm von „höherer Seite" schwere Unannehmlichkeiten in Aussicht gestellt sind, falls er seinen Saal hergiebt.

Die Lokalkommission von Friedrichsberg schreibt uns: Die seiner Zeit von uns veröffentlichte Liste derjenigen hiesigen Wirthe, die den Arbeitern ihre Säle nicht zur Verfügung stellen, können wir nun folgendermaßen ergänzen. Außer den bereits genannten Herren Spitzig, Müller, Salomon und Paul in Friedrichsberg, verweigern ihre Einwilligung die Herren P. Schwarz (Schwarz' Konzertgarten), Lichtenberg, Bettin (Bettin's Tanz-Salon), Lichtenberg und Kummler, Rummelsburg, Hauptstraße. Herr Kummler sagte auf unsere erste Anfrage unbedingt zu, zog aber seine Einwilligung angeblich auf eine Vorstellung des dortigen Amtsvorstehers hin später zurück. Dagegen stellte uns Herr Peters (Café Bellevue), Rummelsburg, seinen Saal nunmehr zur Verfügung. In Wilhelmsberg, Neu-Hohen-Schönhausen mußten wir ebenfalls die Erfahrung machen, daß den Herren Wirthen die Arbeiter nur bei Vergnügungen willkommen sind. So erklärte uns Herr Trinkhaus (Wilhemsberg) mündlich und schriftlich, daß er sein Lokal noch niemals zu Versammlungen hergegeben habe und es auch in Zukunft nicht thun wolle. Herr Jähnicke (Zum Vorschuß) zog seine anfangs ertheilte Einwilligung auf einen Wink hin gehorsamst zurück. Von allen an diesen Orten anlässigen Lokalbesitzern stellte nur ein einziger sein Lokal unbedingt zur Verfügung; es ist dies der Gastwirth Weber in Neu-Hohen-Schönhausen gegenüber den Kirchhöfen der Andreas- und Markusgemeinde. In Weißensee verweigert der Besitzer des Tanzsalons zum Kaiser-Wilhelm seit der zuletzt dort stattgehabten Volksversammlung sein Lokal, dagegen wurde uns der Saal in Sternecker's Etablissement „Schloß Weißensee" zugesichert. Alles in allem sieht es in dieser Beziehung in den genannten Ortschaften des Niederbarnimer Kreises traurig genug aus. In Friedrichsberg ist es uns nicht gelungen, auch nur ein Lokal zur Abhaltung einer Wählerversammlung zu erhalten.

Zur Warnung für Zeitungsredaktionen theilt die „Leipziger Gerichts-Zeitung" folgenden Fall mit: „Eine Muster-Zeitungskorrespondenz für unsere heutige Zeit, die Alles dem Gelde unterthänig macht, ist die „Allgemeine Zeitungs-Korrespondenz" von Otto Hiecke u. Co. in Pankow bei Berlin. Unsere Erfahrungen mit derselben wollen wir weiteren Kreisen bekannt geben, damit sie sehen sollen, wie die sogenannte „öffentliche Meinung" hinter den Koulissen „gemacht" wird und diejenigen unserer Kollegen, auf deren Tisch unsere Zeitung kommt, und die mit uns nach Kräften darauf halten, daß unser Beruf nicht immer mehr korrumpirt wird, mögen erfahren, mit wem sie es zu thun haben, wenn ihnen jene Korrespondenz angeboten wird. Nach mehreren Probesendungen, die auffallend viel Material enthielten, entschlossen wir uns zu einem Probe-Abonnement auf einen Monat. Da war es denn zunächst auffällig, daß von da an von einer wöchentlich zweimaligen Lieferung der Korrespondez nichts mehr zu spüren war. Nach längerem Ausbleiben reklamirten wir endlich einmal und da erhielten wir neben einigem Material einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung, an welcher ein größerer Berliner Wildhändler lebhaft interessirt war. Dazu kam ein Begleitschreiben der Redaktion, in welchem es hieß, daß der betreffende Wildhändler 100 M. für diejenigen Zeitungen bei dem Korrespondenzverlag deponirt habe, welche den betreffenden Artikel zum Abdruck brächten! Natürlich wiesen wir dies Ansinnen zurück und schrieben dem

Anlaß, daß wir uns anscheinend geirrt hätten, daß die Herren wohl zu denjenigen gehörten, deren Berichte von der Zahlung des Interessenten abhinger, daß es aber nicht zu unseren Gewohnheiten gehöre, auf diese Art Journalistik zu treiben. Die Herren in Pankow bei Berlin hatten nach diesem Schreiben denn auch wohl eingesehen, daß auch sie, wenn auch anders, als wir in ihnen, sich in uns geirrt haben; denn es folgten keine weiteren Manuskripte. Wie richtig wir sie aber geschätzt haben, das beweist uns die Antwort, die wir von ihnen auf unsere Frage, ob ihr Unternehmen eingeschlafen sei, erhalten haben. Sie schreiben nämlich, daß sie uns nichts schicken könnten oder wollten, weil wir auf ihre „höfliche" Bitte nicht reagirt hätten."

Ueber eine Eisenbahnfracht-Ermäßigung, die mit dem 1. November d. J. in Kraft getreten ist, enthält das Amtsblatt der hiesigen Eisenbahn-Direktion Mittheilung. Bei den preußischen Staats-Eisenbahnen besteht seit mehreren Jahren die Einrichtung, daß kleinere Frachtstücke zur Beförderung als Expreßgut ohne Lösung von Fahrkarten zur tarifmäßigen Gepäckfracht auf Gepäckscheine aufgegeben werden können. Der Mindestbetrag der hierfür zu zahlenden Fracht betrug bisher 1 M. für jede Sendung. Dieser Mindestbetrag ist vom 1. November d. J. an auf 50 Pf. herabgesetzt worden; wenn die Beförderung des Gepäcks mit den gewöhnlichen Zügen erfolgt. Findet dagegen die Beförderung des Gepäcks mit einem Schnellzuge statt, so bleibt es bei dem bisherigen Mindestbetrage der Fracht von 1 M. für jede einzelne Sendung. Es handelt sich bei dieser Verfügung darum, die Schnellzüge von dem oftmals recht zeitraubenden Güterverkehr möglichst zu entlasten.

Die Melasse, jener bei allen Erörterungen über die Zuckersteuer so viel besprochene Rückstand des entzuckerten Rübenmaterials, dessen Bearbeitung durch ein anderweites Verfahren noch einen weiteren Ertrag an Zucker liefert, dessen Besteuerung zu einem Problem für die Gesetzgebung wurde, diese Melasse hat neuerdings auch die Aufmerksamkeit der Bautechnikern auf sich gelenkt wegen einer Eigenschaft, die für die Behandlung der Dachziegel von großer Wichtigkeit ist. Neue Dachziegel haben die Eigenschaft, daß sie infolge ihrer Porosität Wasser durchlassen, was bei neu gedeckten Dächern oft unangenehm genug empfunden wird. Diese Eigenschaft der Ziegel verliert sich etwa im Laufe eines Jahres, wenn das Regenwasser in den Poren der Steine kleine Pilzgebilde erzeugt hat, welche die Poren soweit verschließen, daß das Wasser nicht mehr durchdringen kann. Nun kommen aber bei Neubauten zahlreiche Fälle vor, wo man diesen natürlichen Verdichtungsprozeß des Dachziegelsteins nicht abwarten kann, sondern für sofortige Trockenhaltung des unmittelbar unter dem Dache befindlichen Raumes des Gebäudes besorgt sein muß. In solchen Fällen mußte bisher von der Anwendung von Ziegelsteinen abgesehen werden, wenn man nicht etwa dieselben mit einem Anstrich von Theer versehen wollte, wodurch natürlich das also behandelte Dach doch seine freundlich rothe Farbe mit einem zweifelhaften Schwarz vertauschte. Neuerdings hat man nun gefunden, daß die Zuckerrüben-Melasse noch in erheblicher Verdünnung durch Wasser die gleiche Wirkung bei den Dachziegeln übt, wie ein solcher Theeranstrich. Der Zuckergehalt der Melasse verklebt die Poren der Ziegel, so daß diese für Wasser undurchdringlich werden. Die Steine können vor der Eindeckung des Daches mit der Melasseverdünnung behandelt, oder es kann auch mit derselben das fertige Dach begossen werden. Das Verfahren wird als durchaus zuverlässig geschildert und hat in den Kreisen der Bau-Interessenten große Aufmerksamkeit erregt.

Zu den Blüthen, welche die furchtbare Einbildungskraft unternehmender Reporter in den letzten Tagen gezeitigt hat, gehört auch die kleine mit abenteuerlichen Beigaben aufgeputzte, von uns sofort als romanhaft bezeichnete Erzählung von der Chloroformirung und Beraubung einer Kellnerin in einer Restauration mit „internationaler" Bedienung an der Lothringerstraße. Bei der Polizei hat man keine Kenntniß von diesem Vorfall, und man kann daher wohl annehmen, daß die Geschichte erdichtet ist. Nicht viel besser ist es um die „geheimnißvolle Klappe" bestellt, die nach einem hiesigen Blatt in dem Zigarrengeschäft von Bobbe, Birkenstraße Nr. 22a, entdeckt worden sein soll. Man sollte es hier anscheinend mit einem Apparat zu thun haben, wie er in Schauerromanen von Leuten benutzt wird, um ermordete und beraubte Personen verschwinden zu lassen. Thatsache ist, daß Bobbe unter der Anklage der Brandstiftung verhaftet worden ist, sich noch jetzt in Haft befindet und daß in seinem Laden eine Fallthüre gefunden wurde, wie sie in sehr vielen anderen Läden vorhanden ist. Nicht einmal ein Zusammenhang dieser Fallthüre mit der Bobbe zur Last gelegten That ist auch nur annähernd erwiesen.

Zwei neue Geheimbundsprozesse. Gegen Ganschow und Genossen findet am 19. November, Vormittags 9½ Uhr, vor der zweiten Strafkammer des kgl. Landgerichts I, Alt-Moabit 11—12, 1 Treppe, Saal 49, Hauptverhandlung statt, und zwar wegen Vergehens gegen §§ 128 und 129 des R.-Str.-G.-B. Eine Anzahl Zeugen sind dazu geladen. — Ferner hat sich am 23. November, Vormittags 9 Uhr, der Steinträger Noack vor der vierten Strafkammer des kgl. Landgerichts I, Alt-Moabit 11—12, Saal 68, wegen Vergehens gegen § 28 des Sozialistengesetzes und gegen §§ 128 und 129 des R.-Str.-G.-B. zu verantworten.

Eine öffentliche Zustellung hat das hiesige Landgericht I. erlassen gegen die Herren Karl von Brederlow, früher in Bielefeld, und Fritz von Stephan, früher in Berlin, beide jetzt unbekannten Aufenthalts. Klägerin gegen Beide ist eine westfälische Firma aus Leinem Wechsel von 3000 Mark, welchen von Stephan auf von Brederlow gezogen hat. Diese Angelegenheit hängt mit der plötzlichen Pariser Reise des Sohnes eines der höchsten Reichsbeamten zusammen, über die wir berichtet haben.

In Prag wurde der von Berlin aus steckbrieflich verfolgte Schriftsetzer Franz Tschudi verhaftet. Derselbe steht unter dem Verdacht, in einem hiesigen Hotel der Gattin des ehemaligen Budapester Oberstadthauptmanns Thaiß Brillanten im Werthe von 24 000 M. gestohlen zu haben, von welchem Diebstahl wir in voriger Woche Mittheilung machten. Die Verhaftung geschah in dem Augenblick, als Tschudi bei der Post einen Brief beheben wollte.

Die Sehnsucht nach Abenteuern hat schon wieder einen 14jährigen Knaben, Max J. aus der N.-Straße, in die Ferne getrieben. Der aufgeweckte Junge, der in der Schule gut vorwärts kam, ist vorgestern seinen Eltern ausgerückt und hat sich wahrscheinlich nach Hamburg begeben, um von da aus nach den Jagdgründen Wildamerikas zu gelangen.

Durch einen Sturz vom Gerüst zog sich gestern Nachmittag der in der Birkenstraße wohnhafte Maurer August B. auf einem Neubau am Schiffbauerdamm so schwere innere Verletzungen und Rippenbrüche zu, daß er in bewußtlosem Zustand in ein Krankenhaus überführt werden mußte.

Auf bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise ist der am Kölnischen Fischmarkt wohnende Schlosser Conrad F. zu Schaden gekommen. Vorgestern früh um 6 Uhr fand seine Werthin den F. auf dem Hof des Grundstücks bewußtlos an der Erde liegend; aus einer klaffenden Wunde sickerte noch das Blut. Der Verletzte mußte schon lange dort gelegen haben. Unter Hilfe von Nachbarsleuten brachte man den Bewußtlosen in sein Zimmer, woselbst der hinzugerufene Arzt vor Allem eine bedenkliche Gehirnerkrankung feststellte und die Ueberführung des F. in ein Krankenhaus anordnete. Er hat bis heute das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt.

Auch die Zahl der „überfahrenen" Personen stellt sich im Monat Oktober günstiger als in den Vormonaten, denn es sind nur 21 derartige Fälle gemeldet, und zwar waren es 14 Männer, 2 Frauen und 5 Kinder welche auf diese Weise verunglückten. In 12 Fällen sind die Kutscher, wie der amtliche Bericht darüber angiebt, der schuldige Theil an den Unglücksfällen, während bei 9 derartigen Verletzungen die Ueberfahrenen selbst die Schuld daran tragen. Wie stets, so wurden auch im verflossenen Monat die meisten Unfälle durch Arbeitswagen hervorgerufen, von denen 6 verzeichnet sind, durch Droschken wurden 5, durch Schlächter- und Geschäftswagen je 2 überfahren und der Rest der Unfälle vertheilt sich auf das übrige Fuhrwerk. Von 21 verunglückten Personen wurde nur eine auf der Stelle getödtet.

Gasexplosion. Eine gewaltige Detonation erschreckte gestern Nachmittag in der vierten Stunde die Bewohner und Passanten der Potsdamerstraße in der Gegend der Kurfürstenstraße. In dem Hause Potsdamerstraße 41a befindet sich die geographisch-artistische Anstalt von E. Schotte u. Co., deren Arbeitsräume im rechten Seitenflügel des Grundstücks gelegen sind. Gestern Nachmittag zur genannten Zeit glaubte Herr Schotte in einer kleinen Küche, welche als Arbeitsraum dient, Gasgeruch wahrzunehmen, und in der Annahme, daß vielleicht ein Gasrohr undicht sei, leuchtete der gerade anwesende Hausverwalter mit Streichhölzern die Rohrleitung entlang; als derselbe sich jedoch mit einem Zündholze dem Fußboden des Zimmers näherte, schoß plötzlich eine Feuerflamme empor, gleich darauf ertönte eine furchtbare Explosion, durch welche das ganze Haus erschüttert wurde. In der unter dieser im Parterregeschoß gelegenen Küche, die als Durchgang zu der Druckerei, sowie als Remise diente, hatte die Explosion stattgefunden, welche von ungeheurer Wirkung war, die Thür der Küche war über einen Treppenaufgang hinweg in einen offen stehenden Lagerraum geschleudert und total zertrümmert, fast die gesammten Fenster des rechten Seitenflügels sind zerstört, in der Küche, in welcher die Explosion stattgefunden, sind die Wände und die Decke zerstört. Ein Drucker W., welcher zur Zeit der Explosion in dem Thürrahmen der betroffenen Küche stand, wurde zu Boden geschleudert und ist ihm sein Haar vollständig vom Kopfe herab gesengt. Im Gesicht und an der rechten Hand hat er leichtere Verletzungen durch herumfliegende Holzsplitter erlitten. Ebenso wurde der Kutscher einer Kistenfabrik, der gerade Waaren ablieferte, durch den furchtbaren Luftdruck zu Boden geschleudert, kam jedoch unverletzt davon. Die Explosion ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß in der Küche ein Gasrohr undicht gewesen, das herausströmende Gas hat sich an der Decke angesammelt und hat etwas von demselben durch eine kleine Oeffnung in der Decke Zugang zu den oberen Räumen gehabt. Die Annahme bestätigt sich dadurch, daß in den oberen Räumen keine Explosion stattgefunden hat und der Hausverwalter unverletzt blieb.

Ein verbrannter Brandstifter. Ein entsetzliches Ende nahm am Dienstag Nachmittag ein von mehreren Knaben getriebenes Spiel. Mehrere 8 bis 10 Jahre alte Kinder hatten auf dem Hofe eines Hauses in der Wriezenerstraße ein „Feuerwehrspiel" verabredet und zu diesem Zwecke wurde durch Aufeinanderhäufen von Stroh, Heu, Holz und Lumpen u. s. w. ein Scheiterhaufen aufgebaut, welcher sodann von dem 9jährigen Sohn des Lederarbeiters H. angezündet wurde. Die leicht brennbaren Stoffe bildeten in wenig Augenblicken ein mächtiges Flammenmeer, plötzlich jedoch trieb ein Windstoß die Feuersäule seitwärts auf den zunächststehenden kleinen H. zu und im nächsten Augenblick war das Kind in ein Flammenmeer eingehüllt. Entsetzt ergriffen die Spielkollegen des brennenden Knaben die Flucht, während dieser im dichten Rauch und Qualm bewußtlos zusammenbrach. Unterdessen hatte der Hauswirth von seinen Fenstern aus den letzten Theil des entsetzlichen Vorganges mitangesehen und eilte schnell nach dem Hofe, und mit Hilfe anderer Hausbewohner gelang es, den Knaben aus seiner gefährlichen Lage herauszuziehen und das Feuer zu löschen. Der kleine H., dessen Kleider über und über in Brand gerathen, war furchtbar zugerichtet; von dem Gesicht hing die Haut in Fetzen herunter, die Hände sind vollständig mit Brandwunden bedeckt; wenn auch diese Verletzungen keineswegs lebensgefährlich sind, wie der hinzugerufene Arzt versichert, so ist doch die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß der bedauernswerthe Kleine, dessen Augen gleichfalls vom Feuer beschädigt wurden, sein Augenlicht verlieren wird.

Ein Schaukastendieb, der mit besonders erfolgreicher Frechheit seit geraumer Zeit im Osten unserer Stadt operirt hat, ist endlich dingfest gemacht worden. In der Nacht zum Sonntag gelang es einem Nachtwächter in der Großen Frankfurterstraße, denselben auf frischer That zu ertappen und dem 44. Polizeirevier vorstande zuzuführen. Am nächsten Morgen kam der lange gesuchte Dieb auf dem Alexanderplatz mit dem grünen Wagen an, woselbst die Kriminalpolizei bereits ein ganzes Anzeigeregister über Schaukastendiebstähle hatte, welche sämmtlich von dem Ergriffenen ausgeführt sein sollen.

Die Mehrzahl der bei der Explosion im Feuerwerkslaboratorium in Spandau verunglückten Personen ist jetzt wieder völlig hergestellt und hat auch die Arbeit wieder aufgenommen. Im Krankenhause befinden sich, nach dem „Anz. f. d. Havell.", nur noch vier Arbeiterinnen, welche schwerere Verletzungen erlitten hatten. Außerdem sind noch einzelne, welche sich in ihrer Behausung aufhalten, in ärztlicher Behandlung.

Seitens des Statistischen Bureaus werden zur Zeit Erhebungen über die Zahl der Selbstmorde in unseren Nachbarkreisen angestellt und haben zu diesem Zwecke die betreffenden Polizeiverwaltungen Zählkarten erhalten, die sie auszufüllen und den Landrathsämtern einzureichen haben.

Auf dem Landwehrkanal, gegenüber der Genthinerstraße, stieß am Montag Vormittag ein mit Sand beladener Kahn mit einem anderen zusammen, worauf ersterer sank. Die auf demselben befindlichen Schiffer konnten sich noch rechtzeitig retten. Der hohe Wasserstand der Spree, sowie die starke Strömung, welche seit einiger Zeit auf den Gewässern derselben herrschen, bringen dem Schiffer mancherlei Gefahren und dürften auf diesen Unfall einflußreich gewesen sein. Wesentliche Beschwerden verursacht den Schiffern das Passiren der Brücken.

Der Rettungsball an der Jannowitzbrücke ist am Montag morgens gestohlen worden. Dies ist schon der dritte Rettungsball der innerhalb acht Tagen gestohlen worden ist.

Häringe lebendig zu transportiren galt bisher fast als Unmöglichkeit. Das Berliner Aquarium vollbringt dieses Kunststück an der Hand der Erfahrung immer häufiger. Jetzt sind wieder zwanzig dieser in den zartesten Farben des Regenbogens schillernden, schlank gebauten Fische aus der Ostsee angelangt. Da sie ihre Schuppen leicht verlieren und dann rettungslos eingehen, so müssen bei Fang und Beförderung große Vorsichtsmaßregeln angewendet werden. Ebenso muß ihrer Einsetzung in die Becken des Aquariums eine Akklimatisirung an den stärkeren Salzgehalt des künstlichen Seewassers vorangehen. Dies geschieht in einem Vorbassin, dessen Salzgehalt allmälig verstärkt wird.

Charlottenburg's Entwickelung in den letzten Jahrzehnten dürfte neben derjenigen Berlins in der Geschichte der deutschen Städte wohl einzig dastehen. Vor kaum dreißig Jahren, im Jahre 1857, hatte die Gartenstadt Charlottenburg, welche damals viel als Sommeraufenthalt benutzt wurde, 11 010 Einwohner, 1871: 19 518, 1880: 30 483, 1885: 42 371 und jetzt beträgt die Einwohnerzahl ca. 68 000. Seit 1880 hat sich dieselbe also mehr als verdoppelt. Unter den vielen großstädtischen Einrichtungen, welche in dem letzten Jahrzehnt in Charlottenburg geschaffen worden sind, nimmt die Schwemmkanalisation, welche nächstes Jahr in Thätigkeit treten wird, den ersten Rang ein.

Verhaftung. Wie uns die Lohnkommission der Tabakarbeiter mittheilt, wurde in dem Lokale des Herrn Zebe, Gollnowstraße Nr. 28, am Sonntag Abend **auf Veranlassung des Wirthes** der Zigarrenarbeiter Koschinsky, als er einige Gäste aufforderte, auf eine Sammelliste für die streikenden Tabakarbeiter eine Kleinigkeit zu zeichnen, verhaftet.

Polizei-Bericht. Am 12. d. M. Vormittags fiel ein Dienstmann vor dem Hause Wilhelmstr. 81 infolge von Krämpfen zur Erde und erlitt dabei eine bedeutende Verletzung am Kopfe. — Zu derselben Zeit stürzte sich ein 12jähriger Knabe aus einem Treppenfenster im vierten Stock des Hauses Reinickendorferstraße 47 auf den Hof hinab und verstarb auf der Stelle an den erlittenen schweren Verletzungen. — Mittags wurde vor dem Hause Markgrafenstr. 88 ein Mann von einer Equipage überfahren und erlitt anscheinend schwere innerliche Verletzungen. — Nachmittags wurde im Spandauer Schifffahrtskanal, nahe der Verbindungsbahn, am Nordufer die Leiche eines etwa 25 Jahre alten unbekannten Mannes aufgefunden und nach dem Schauhause geschafft. — Abends versuchte ein Dienstmädchen in der Wohnung seiner Dienstherrschaft, in der Schönhauser Allee, seinem Leben durch den Genuß von Zuckersäure ein Ende zu machen. Es erlitt dadurch innerliche Verletzungen, so daß es nach dem Krankenhause im Friedrichshain gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 11. d. M. wurde ein Mann auf dem Hofe des Grundstücks Kölnischer Fischmarkt 5 mit einer stark blutenden Wunde am Hinterkopfe bewußtlos aufgefunden und nach der Charitee gebracht. — Im Laufe des Tages fanden an sieben verschiedenen Orten kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Verbreitung von sozialdemokratischen Schriften ohne polizeiliche Genehmigung standen gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II der Maurerlehrling Großkopf und der Arbeiter Blisse aus Zossen, sowie der Kutscher Hahn aus Hohenheim. Sie waren beschuldigt, am 1. September d. J. sozialdemokratische Flugblätter verbreitet zu haben. Diese Flugblätter bezogen sich auf die bevorstehende Reichstagswahl. § 28 des Sozialistengesetzes läßt die Verbreitung von sozialistischen Wahlflugblättern von dem Tage an frei, an welchem der Tag der Wahl bekannt gegeben wird, das Ministerial-Reskript vom 26. September 1886 bestimmt dagegen, daß keinerlei Drucksachen ohne polizeiliche Genehmigung verbreitet werden dürfen. Der Tag der Wahl steht aber noch nicht fest und die polizeiliche Genehmigung war nicht eingeholt worden. Der Gendarm Klingner hatte am Abend des 1. September vom Bürgermeister in Zossen erfahren, daß in der Stadt vielfach sozialistische Flugblätter verbreitet worden seien, wahrscheinlich von einigen Berlinern, die sich in der Stadt aufgehalten hatten. Der Gendarm ging nach dem Bahnhof, erfuhr aber dort, daß die 4 „Verdächtigen" bereits eine Stunde früher abgedampft waren. Nun forschte er weiter nach, und erfuhr dann auch, daß die drei Angeklagten im Besitze solcher Flugblätter gesehen worden seien und auch solche weiter gegeben hätten. Er fand auch bei allen Dreien noch einige Exemplare vor, weshalb Anklage erhoben wurde. Das Schöffengericht, welches sich zuerst mit der Sache zu befassen hatte, hielt sich für unzuständig und verwies dieselbe an das Landgericht. Die Angeklagten waren überaus simple Menschen, die von der Existenz der Sozialdemokratie keine Ahnung haben. Großkopf war von seinem Meister über Land geschickt worden. Bei der Rückkehr hatte er im Walde einige fremde Männer getroffen, welche ihm die Blätter mit den Worten gegeben hätten: „Da lies und gieb's weiter!" Er hätte wohl etwas von Demokraten gelesen, aber nichts verstanden. Zu Hause habe er die Blätter auf die Ofenbank gelegt, dort hätten Bekannte, die zum Besuch kamen, die Blätter auch gelesen, worauf er letztere verbrannt habe. In derselben Weise wollten die anderen beiden Angeklagten dazu gekommen sein, die gar nicht einmal lesen können, und in dem Glauben, daß es „Zettel von Schauspielern" wären, die sich im Orte aufhielten, einige Exemplare weiter gegeben haben. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung und der Gerichtshof erkannte demgemäß, weil man es hier wohl nicht mit den Verbreitern, sondern mit solchen Leuten zu thun habe, bei denen die wirklichen Verbreiter einige Exemplare angebracht hätten.

Der schwere Unglücksfall auf dem städtischen Hospital-Neubau in der Prenzlauer Allee bildete gestern nochmals den Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor der 3. Strafkammer hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bethge. Das Unglück selbst hat sich am 22. August 1887 ereignet, die erste Verhandlung vor der 3. Strafkammer fand am 26. September 1888 statt. Damals sind der Maurermeister Hermann Siber und der Regierungsbaumeister Wilhem Hiller zu je 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil der Gerichtshof bei Beiden eine strafbare Fahrlässigkeit angenommen hatte. Der Thatbestand dürfte im Allgemeinen noch bekannt sein. Beim Bau des zum städtischen Hospital und Siechenhaus in der Prenzlauer Allee gehörigen Krankenpavillons I. stürzte am 22. August 1887 ein Theil der Drempelwand des Dachgeschosses in einer Länge von etwa 20 Metern ein, als das zum Theil aus Hängeplatten im Gewicht von 20 Kilogramm bestehende Hauptgesims hat aufgebracht werden sollen. Durch das einstürzende Mauerwerk sind acht Personen getödtet und eine neunte schwer verletzt worden. Der Einsturz ist, wie vom Gericht für erwiesen erachtet wurde, dadurch verursacht worden, daß 6 bis 8 untere Schichten der eingestürzten Drempelwand weder mit Verblendmauerwerk versehen, noch provisorisch untermauert, sondern unausgefüllt geblieben waren, so daß sie, da die darüber liegenden Schichten der Drempelwand unter dem Gesimse verblendet waren, den Druck der Last beim Aufbringen der schweren Hauptgesimse nicht aushalten konnten, sondern nach vorn überkippten und aus einer Höhe von 13 Metern herabstürzten. In der ersten Verhandlung war festgestellt worden, daß das Unterlassen der definitiven oder provisorischen Untermauerung der unausgefüllt gebliebenen 6 bis 8 Schichten des einstürzenden Theils der Drempelwand einen groben Verstoß gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst enthielt. Für diesen Verstoß und seine Folgen hatte das erste Erkenntniß in erster Reihe den ausführenden Maurermeister Siber verantwortlich gemacht, weil dieser die Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten an dem Bau übernommen und weil nicht bloß jeder geprüfte Baumeister, sondern jeder Maurermeister, ja jeder einigermaßen erfahrene Maurerpolier habe einsehen müssen, daß vor Untermauerung der unteren Schichten der Drempelwand ohne Gefährdung derselben das Hauptgesims nicht aufgesetzt werden könne. Aber auch den Regierungsbaumeister Hiller hatte die Strafkammer für schuldig befunden. Sie hatte festgestellt, daß Hiller der bauleitende Baumeister gewesen, sich als solcher auch der Baupolizeibehörde gegenüber selbst bezeichnet hatte und daß ihm als dem einzigen geprüften Baumeister die Unternehmer der einzelnen Arbeiten unmittelbar unterstellt gewesen seien. Die Strafkammer hatte ferner auf Grund der sachverständigen Gutachten festgestellt, daß Hiller als bauleitender Baumeister nicht blos das Interesse der Stadt bei Erfüllung der Verträge durch die Unternehmer zu wahren, sondern auch die Verantwortlichkeit für die ordnungsmäßige Ausführung des Baues soweit gehabt, als ihm die Kontrole der Arbeiten im Einzelnen möglich gewesen und daß ihm die Pflicht zur Kontrole der Arbeiten als Bauleitender namentlich da obgelegen, wo er die Sicherheit der Bauausführung für gefährdet halten konnte. Die Strafkammer hatte sodann für erwiesen erachtet, daß Hiller diese Pflicht der Kontrole dadurch verletzte, daß er entweder überhaupt unterlassen, sich in der Zeit vom 13.—22. August von dem fortschreitenden Stande der Arbeiten an der Drempelwand Kenntniß zu verschaffen, oder doch

unterlassen, die Thätigkeit des Maurermeisters Siber in derselben Zeit bezüglich der ordnungsmäßigen Untermauerung der unteren Schichten der Drempelwand zu kontroliren. Die Strafkammer ging dabei von der Feststellung aus, daß die Drempelwand auch an der später eingestürzten Stelle am 13. August bis zum Hauptgesimse hochgemauert war. Daß dem Angeklagten bereits am 9. August bekannt war, daß die zum Verblenden erforderlichen Riemchen mangelten, und daß der Angeklagte selbst damals angeordnet hatte, die Drempelwand sollte hochgemauert und nur die beiden oberen Schichten verblendet werden. Ferner hielt die Strafkammer für festgestellt, daß die Kontrole in der ganzen Zeit vom 13. bis 22. August nicht stattgefunden habe. — Die von beiden Angeklagten eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden. Siber hat sich bei dem Erkenntniß desselben beruhigt, Hiller hat dagegen durch seinen Vertheidiger, Rechtsanwalt **Mittrup** eine **Wiederaufnahme des Verfahrens** durchgesetzt und die Strafkammer hatte gestern zu prüfen, inwieweit die erstrichterlichen thatsächlichen Feststellungen bezüglich der vom Angeklagten Hiller angeblich begangenen Fahrlässigkeit als zutreffend zu erachten sei. Es bedurfte dazu einer Wiederholung der gesammten Beweisaufnahme. Als bautechnische Sachverständige wurden die königlichen Bauräthe **Sönderop** und **Krause**, Regierungsbaumeister **Böhmer**, Professor **Koch**, Baumeister **Gause** und Geh. Admiralitäts- und Baurath **Vogler**, ferner als medizinische Sachverständige die Physici Dr. **Long** und **Mittenzweig** vernommen.

Die Beweisaufnahme deckte sich durchweg mit derjenigen der ersten Verhandlung und gelangte der Gerichtshof demzufolge auch zu demselben Endergebniß. Der Angeklagte wurde nach siebenstündiger Verhandlung der fahrlässigen Tödtung und der fahrlässigen Körperverletzung sowie des Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst für schuldig erachtet und wie in der ersten Verhandlung zu einer **Gefängnißstrafe von sechs Monaten** verurtheilt.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Vergolder Berlins! In der Aktienfabrik von Brinkmann in Ottensen ist ein Streik der Polliturarbeiter ausgebrochen. Der Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Streikkommission.

Auch in das Mühlengewerbe dringt immer mehr der **Dampfbetrieb**, die großkapitalistische Arbeitsweise, ein. Nach den Mittheilungen des Fabrikinspektors für **Posen**, wo die Mühlenindustrie der hervorragendste Gewerbszweig ist, hat seit 1881 eine wesentliche Verschiebung zu Gunsten der Dampfbetriebe stattgefunden. Es gab:

1881	119 Dampfmühlen,	414 Wassermühlen,	2413 Windmühlen
1888	132 „	393 „	2276 „

Die Tendenz zum Großbetrieb wird durch diese Zahlen schlagend bewiesen.

Der nordamerikanische Zuckertrust, über den wir seiner Zeit eingehend berichtet haben, hat den Monopolisten große Profite in den Schoß geworfen auf Kosten der Konsumenten. Die Dividende beträgt 200 pCt. Ein Bourgeoisblatt, der „Patentanwalt", schließt sich dem Urtheil einer amerikanischen Zeitung an, welche fragt, ob man denn in einem Rechtsstaat lebe oder in einem Raubstaat. Die das Volk ausplündernden kapitalistischen Ausbeuter seien gerade so brutal, wie die Ausbeuter des Mittelalters.

Versammlungen.

Die öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend, welche am 12. d. Mts. unter Vorsitz des Vertrauensmannes Herrn **Karl Thieme** im Schweizer-Garten abgehalten wurde, war zahlreich besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr **Thieme** bekannt, daß er den Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung bei Mundt, dahingehend, daß kein Töpfer nach dem 11. November d. J. auf Bauten arbeitet, wo die Fenster nicht mit Glas versehen sind, dem Wunsche der gedachten Versammlung entsprechend, den Arbeitgebern, und zwar 178 an der Zahl, habe schriftlich zugehen lassen, und daß auch dieser Beschluß zur Kenntnißnahme aller Kollegen in genügender Anzahl gedruckt worden sei. Einem Antrage des Herrn **Erbe** entsprechend wurde der letzte Punkt der Tagesordnung „Gewerkschaftliches" zuerst behandelt, da Herr **Maschke** in der Versammlung zur Aufklärung über die dunkle Geldangelegenheit erschienen war. Bezüglich der Fensterfrage machte Herr **Thieme** die Mittheilung, daß mindestens zwei Drittel der Bauten verglast worden seien. Aus der Versammlung heraus wurden indessen verschiedentlich Mittheilungen gemacht, daß wegen nicht erfolgter oder mangelhafter Verglasung die Arbeit eingestellt worden sei. Der zur Debatte gestellte Gegenstand zeitigte eine längere Debatte. Da die Gemüther allmälig wieder anfingen, sich zu erhitzen und die Stimmung eine erregte wurde, so ernannte der Vorsitzende, einem Antrage entsprechend, Ordnungsmänner. Nachdem die Debatte geschlossen, gelangten die Anträge zur Annahme, dahingehend, daß Flur- und Balkonfenster wenigstens mit Brettern vernagelt werden müssen und daß die angefangenen Arbeiten in noch unverglasten Räumen nicht fertig zu stellen sind. — Nachdem gelangte der „Fall Maschke" zur Verhandlung. Herr **Maschke**, welcher in dieser Angelegenheit als erster Redner das Wort nahm, erklärte, der Unterschlagung einer Summe von 350 M. verdächtigt worden zu sein. Nach einer längeren spezialisirten Vertheidigungsrede beantragte er, daß gegen ihn und Herrn **Köppen** der Strafantrag gestellt werden möge, was, wie Herr **Thieme** nochmals erklärte, bereits geschehen sei. Die Angelegenheit — es handelte sich um 300 M., welche die Berliner Zimmerleute gelegentlich ihres letzten Streiks von den Töpfern erhalten haben sollen, aber nicht erhalten haben — rief lange interne und stürmische Auseinandersetzungen hervor. Die Herren Zimmerer **Jäckel** und **Stehr**, wie auch die Maurer Herren **Kerstan** und **Fiedler** waren behufs Zeugnißablegung in der Versammlung anwesend. Der Streitfall wurde nicht aufgeklärt, festgestellt wurde nur, daß die Berliner Zimmerleute die fraglichen 300 M. nicht erhalten haben. Nach etwa fünfstündiger Diskussion wurde der vorgerückten Zeit wegen die Debatte endlich abgebrochen, jedoch nur bis zu einer späteren Versammlung vertagt. In der Zwischenzeit wird der Vertrauensmann bemüht sein, nach Möglichkeit Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen. Die Versammlung beschloß ohne Widerspruch in Form einer Resolution, die gegen Herrn **Maschke** erhobene Beschuldigung bis auf weiteres auf ihm lasten zu lassen; den Herren **Thieme**, **Wendschlag** und **Köppen** wurde dagegen einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt.

Verband deutscher Müllergesellen, Mitgliedschaft Berlin. Versammlung vom 8. November in Zenner's Saal, Münzstr. 11. Herr **Robert Sündermann** hielt einen mit Interesse von den Anwesenden aufgenommenen Vortrag über: „**Die Ziele der deutschen Arbeiterorganisationen in der Jetztzeit**", unter Berücksichtigung der „**Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's.**" Den Schluß des Vortrages bildete ein kräftiger Mahnruf an die deutschen Müller und Berufsgenossen, thatkräftig einzutreten für die Ziele der deutschen Arbeiterorganisationen! In der an dem Vortrage sich anschließenden äußerst regen Diskussion wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Müller, **die täglich 12—18stündige Arbeitszeit, auch Sonntags, und die demgegenüber äußerst niedrigen Arbeitslöhne**, dem Ziele der Arbeiterorganisationen entgegengestellt, als ein unwiderlegbarer Beweis, mit welcher Nothwendigkeit jene Ziele müßten zur Anerkennung gelangen! — Hierauf wurde nach Regelung einiger gewerkschaftlichen Angelegenheiten die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 28. d., Abends 8½ Uhr, in demselben Lokale statt.

Eine große öffentliche Volksversammlung für Schöneberg und Umgegend fand am 11. d. M., Abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei Schöneberg unter zahlreicher Betheiligung statt. Nach Wahl der Herren H. Gärtig, Albert Schmidt und P. Abraham ins Bureau, erhielt der Referent, Herr Wilhelm Schweitzer zu seinem Vortrage „Die Arbeit früher und jetzt" das Wort. Redner löste seine Aufgabe in 1½stündiger, mehrfach vom Beifall unterbrochenen Rede in glänzender Weise. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: 1. Die heute in der Schloßbrauerei Schöneberg stattfindende Volksversammlung für Schöneberg und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und wird ihre ganze Kraft aufbieten, um den Ideengang des Redners in den weitesten Kreisen Eingang zu verschaffen und dadurch den Arbeitern zugleich das Gefühl beizubringen, daß sie diejenigen sind, welche neue und bessere Verhältnisse in die heutige planlose Produktionsweise bringen werden. P. Abraham. — Zweitens: Die Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden und verpflichtet sich, bei den nächsten Reichstagswahlen mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln für den in mehreren großen Volksversammlungen für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow proklamirten sozialdemokratischen Kandidaten, Buchdruckereibesitzer Wilhelm Werner, einzutreten. W. Bäumler. — In der Diskussion nahm Herr Abromeit das Wort und dann auch der noch in später Stunde erschienene Kandidat des Kreises, Herr Werner. Der letztere hielt eine kurze kernige Ansprache. — Dann wurde noch eine Lokalkommission, aus folgenden Herren bestehend, gewählt: H. **Gärtig**, Schöneberg; O. **Borde**, Wilmersdorf; E. **Braun**, Friedenau, und hierauf, da die Versammlung nur bis 11 Uhr tagen durfte, dieselbe mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Reinickendorf. Am Sonntag, den 10. d. M., fanden in Reinickendorf zwei große Volksversammlungen statt. Die erste im Restaurant Waldschlößchen in der Eichbornstraße unter dem Vorsitz des Herrn Ehrlich. Da der Referent, Herr Rechtsanwalt A. **Stadthagen**, noch nicht erschienen war, so wurde zunächst zur Bureauwahl geschritten und die Versammlung sodann auf 30 Minuten vertagt. Nun erklärte der Gendarm Eulenburg, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe, da sie nicht ordnungsmäßig eröffnet sei, und zwar deshalb nicht ordnungsmäßig, weil man die Gendarmen, welche sich im Gastzimmer befanden, nicht vor der Eröffnung in den Saal gerufen hätte. (!!! Red.) Großer Unwille machte sich nun bei den Versammelten geltend. Inzwischen war Herr Stadthagen erschienen, und nachdem derselbe dem Herrn Gendarmen hatte eine Rechtsbelehrung zu Theil werden lassen, konnte die Versammlung stattfinden. Herr Stadthagen referirte über das Thema: „An's Vaterland, an's theure, schließ' Dich an", und der Vortrag wurde mit großem Beifall von den Kopf an Kopf dicht gedrängt stehenden Zuhörern aufgenommen. In der Diskussion sprach Herr Günther im Sinne des Referenten. — Ein Antrag, das Lokal des Herrn Marten, „Zum Feuerwerker", Tegeler Chaussee, nicht mehr zu besuchen, da derselbe es zu Arbeiterversammlungen versagt, wurde einstimmig angenommen. Ebenso die Anträge, bei keinem Wirth zu verkehren, wo nicht das „Berliner Volksblatt" und die „Berliner Volkstribüne" ausliegen. Ferner sollen keine Produkte von „Kingel-Bolle" und Loeser und Wolf gekauft werden.

Die zweite Versammlung fand im „Seeschlößchen", Markstraße 2/3, um 4 Uhr Nachmittags unter dem Vorsitz des Herrn Thul statt, in welcher ebenfalls Herr Stadthagen referirte, und zwar über das Thema: „Die Gewerbeordnung" (s. Nr. 224 des „Berl. Volksbl.") Auch hier standen die Zuhörer dicht gedrängt. Nachdem derselbe seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag beendet, fand eine eingehende Diskussion statt, an welcher die Herren Ehrlich, Gutzeit, Chemnitz, Duchateau und Voß theilnahmen. Folgende Resolution, für welche die Herren Grothe, Gutzeit und Chemnitz eintraten, wurde angenommen: „Die heute, am 10. November, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Seeschlößchen" in Reinickendorf tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erklärt, daß die Vertragsfreiheit für den einzelnen Arbeiter ohne das Koalitionsrecht werthlos ist, und daß nur durch den festen Zusammenschluß aller Arbeiter in Organisationen eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen ist. Die Versammlung erachtet es als eine Pflicht jeden Arbeiters, der Organisation beizutreten. Sie erachtet eine Gesetzesbestimmung daher für nothwendig, daß alle noch immer bestehenden starken Beschränkungen des Koalitionsrechtes abgeschafft und diejenigen mit Strafe bedacht werden, die einen Arbeiter hindern oder zu hindern suchen, von seinem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Sie protestirt ganz energisch gegen die Verleumdungen offiziöser und anderer Blätter, daß die Arbeiter mit dem Koalitionsrecht Mißbrauch treiben, und gegen die Bestrebungen zur Beschränkung des Koalitionsrechts. Die Versammlung protestirt ferner gegen die Bestrebungen, die Macht des Kapitals zu erhöhen und den Arbeiter zu einem Menschen zweiter Klasse zu degradiren. In dem Puttkamer'schen Streikerlaß erblickt die Versammlung lediglich eine die Kapitalsmacht stärkende und das Vereinigungsrecht der Arbeiter hemmende Maßregel. Die Versammlung beauftragt das Büreau, sich im Sinne dieser Resolution an den Reichstag zu wenden." Ferner wurden folgende Anträge angenommen: 1. Eine Lokalkommission bestehend aus drei Personen für Niederbarnim zu schaffen. 2. Das Lokal des Herrn Krause-Pankow, Wollank-Straße nicht mehr zu besuchen, da der Wirth sein Lokal zu Versammlungen verweigert. Ferner die Anträge wie in der ersten Versammlung. Nachdem noch Herr Richter zur Bildung eines Arbeiter-Gesangvereins für Reinickendorf aufgefordert und die Genossen, welche geneigt sind demselben beizutreten, aufgefordert, sich in seiner Wohnung, Reinickendorf, Pankower Allee 40, zu melden, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Reichstagskandidaten Herrn Arthur Stadthagen, in welches die Versammlung einstimmt, die imposante Versammlung.

Eine ordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Metallschrauben-, Facondreher und Berufsgenossen Berlins fand am Sonntag, den 10. d. M., in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße statt. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung mußten zurückgestellt werden, da der Herr Referent nicht anwesend war. Es gelangte somit zuerst Punkt 3: „Bericht der Fachkommission" zur Verhandlung. Nach dem Bericht des Kollegen Thate ist der Tarif in diesem Monat von folgenden Firmen ganz innegehalten worden: Stärke, Hille, Krüger, Schulz und Beutel u. Hund. Hierauf erhielt Herr Metzner, welcher inzwischen erschienen war, das Wort zu seinem Vortrag: „Das Handwerk sonst und jetzt". Nach einstündiger Rede schloß Redner seinen Vortrag unter lebhaftem Bravo der Versammlung. An der Diskussion betheiligten sich die Herren Jakobs und Bützow, welche sich im Sinne des Referenten aussprachen. Zum 4. Punkt: Aufstellung der Kandidaten zur Ergänzungswahl der Fachkommission, macht Kollege Thate bekannt, daß die Herren Schröder, Müller, Thamm, Rothe und Niendorf gewillt sind, mit Ablauf dieses Jahres aus der Fachkommission auszuscheiden. Daraufhin wurde ein Antrag des Kollegen Frühfarth angenommen, dahingehend, zur nächsten Generalversammlung aus jeder Fabrik einen Kollegen aufzustellen und aus deren Mitte dann zu wählen. Unter Punkt 5 wurde eine Kollekte für den erkrankten Kollegen Merten angenommen. In Sachen Feldberg—Gutfeld theilt der Vorsitzende mit, daß der Beklagte endgiltig zu Dreiviertel der Gerichtskosten sowie 30 M. Entschädigung verurtheilt sei. Ein Viertel der Kosten habe der Verein zu tragen. Kollege Rothwald fordert auf, sich an dem Gesangverein der Schraubendreher zu betheiligen, derselbe tagt Naunynstr. 70. Kollege Magnus fordert auf, die Bibliothek fleißig zu benutzen. Kollege Pauels warnt die Kollegen, religiöse Versammlungen zu besuchen. Gleichzeitig wurde sein Antrag angenommen, dahingehend, in Gemeinschaft größere industrielle Unternehmungen resp. Fabriken zu besuchen, um dadurch die Wissenschaft und Bildung unter den Kollegen zu fördern.

Der Fachverein der Tischler für den Osten Berlins hielt seine regelmäßige Mitgliederversammlung am Sonntag, den 10. November, in Saeger's Salon, Grüner Weg 29, ab. Dieselbe war wieder äußerst zahlreich besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Bölsche: „Die Herkunft der Erde nach den Forschungen der Astronomie." 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Da der Bevollmächtigte verhindert war, den Vorsitz zu führen, übergab er ihn dem Schriftführer, Kollegen Netzband. Für seine Ausführungen erntete Referent großen Beifall. In der hierauf folgenden Diskussion, an welcher sich Kollege Klose und andere betheiligten, beantwortete der Vortragende die an ihn gestellten Fragen. Da zum 3. Punkt der Tagesordnung Niemand etwas anzuführen hatte, ging man zum 4. Punkt: Verschiedenes über. Es entspann sich eine längere Debatte bei der Lokalfrage, an welcher sich die Herren Sommerfeld, Klose, Netzband, Lalla, Kumm und andere betheiligten. Kollege Sommerfeld bemerkte, daß das Lokal des Herrn Saeger von der Liste gestrichen sei, und der Fachverein hierzu Stellung zu nehmen habe. Kollege Netzband erklärte, daß das wohl ganz selbstverständlich sei. Sache der Lokalkommission sei es, daß die Liste keine Woche im „Berl. Volksblatt" fehle, wie dieses schon vorgekommen sei. Kollege Klose brachte hierauf eine Resolution ein, welche folgenden Wortlaut hatte: Der Fachverein der Tischler beschließt, seine Mitglieder zu verpflichten, an irgend welchem geselligen oder Vereinsvergnügen, welches in diesem Lokale stattfindet, nicht theilzunehmen, sowie überhaupt kein aus obigem Lokale verschenktes Bier zu trinken. Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Aufgenommen wurden 27 neue Mitglieder.

Eine Mitgliederversammlung mit Damen wurde von der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29. Filiale III Berlin) am 11. d. M. veranstaltet. Auf der Tagesordnung stand: Belehrung über die Bekämpfung der Diphtheritis von Herrn Herb, Stallschreiberstraße 21. Der Vortragende ist Vegetarier und rieth zur vegetarischen Lebensweise als Mittel gegen jede Krankheit. (!! Red. d. „B. V.") Zur Bekämpfung der Diphtheritis empfahl er die Spülung des Halses mit abgestandenem Sodawasser. (! Red.) Der Bevollmächtigte erstattete im Namen der Versammlung seinen wärmsten Dank für den so lehrreichen Vortrag. (Wenn wir diesem Berichte Aufnahme gewährt haben, so ist es nicht geschehen, um irgend jemandem die Mittel des Herrn Herb gegen die Diphtheritis zu empfehlen. Wir richten vielmehr auch an die Theilnehmer jener Versammlung die ernstliche Bitte, sich nicht auf abgestandenes Sodawasser und Abführungsmittel, von denen im Vortrag die Rede gewesen zu sein scheint, zu verlassen, sondern sich sofort, wenn sie Diphtheritis oder eine diphtheritisähnliche Halskrankheit an sich oder an einem ihrer Angehörigen bemerken, an einen wissenschaftlich gebildeten tüchtigen Arzt zu wenden. Herr Herb mag ein guter Mann sein und es sehr gut mit seinen kranken Mitmenschen meinen, aber er thäte wirklich besser daran, die Bekämpfung einer so außerordentlich gefährlichen Krankheit, wie es die Diphtheritis ist, nicht erst mit Hausmitteln zu versuchen, sondern der Wissenschaft zu überlassen. Vor allem aber sollte er sich vor der öffentlichen Empfehlung seiner Heilmethode hüten, damit kann er großes Unheil stiften. Red. d. „B. V.")

Polizeilich nicht genehmigt wurde eine am Mittwoch im Elysium, Landsberger Allee, geplante öffentliche Volksversammlung, in welcher der Tischler Herr Franz Berndt unter Bezugnahme auf den Prozeß Mahlow-Ihring und die im Reichstage über diese Angelegenheit gefallenen Aeußerungen über das Thema: „Die Sozialdemokratie und der Meineid" sprechen sollte.

* * *

Große Volks-Versammlung auf Tivoli am Donnerstag, den 14. November, Abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Welches sind die gesetzlichen Bestimmungen für die Klage eines Arbeiters wegen Lohnforderung? Referent: Herr Rechtsanwalt Arthur Stadthagen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet eine Tellersammlung statt.

Der sozialdemokratische Leseklub Lassalle tagt jeden Donnerstag Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zimmer, Cuvrystr. 16. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Tabakarbeiter- und -Arbeiterinnen. Große öffentliche Versammlung am Donnerstag, den 14. November, Abends 8½ Uhr, im Schweizergarten am Königsthor. Tagesordnung: 1. Bericht über den jetzigen Stand der Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Herren Fabrikanten sind eingeladen.

Freie Vereinigung der Kaufleute. Donnerstag, den 14. November, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Gnadt, Brunnenstr. 38. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Bölsche über: Die Zukunft der Erde. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen.

Kranken- und Begräbnißkasse des Vereins sämmtlicher Berufsklassen. (Verwaltungsstelle 5, Moabit.) Sonntag, den 17. November, Vormittags 10½ Uhr, Bandelstr. 10, bei Falkenhagen, Versammlung. Tagesordnung: Kassenbericht. Mittheilungen. Fragekasten. Gäste willkommen.

Der Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter befindet sich [illegible]straße 78 bei Wagner. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—[illegible] und Sonntags Vormittags von 10—11½ Uhr, sowohl an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. Die Arbeitsvermittelungs-Kommission.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Donnerstag: [illegible] Gesangverein „Lätitia" Abends 9 Uhr in Belitz's Restaurant, [illegible] — Gesangverein „Brezelschluß" Abends 8½ Uhr im Restaurant [illegible] Köpnickerstraße 100. — Männergesangverein „Nordstern" Abends 9 Uhr [illegible] Restaurant Pohl, Müllerstraße 7. — Schäfer'scher Gesangverein [illegible] Abends 9 Uhr bei Wolf u. Krüger, Skalitzerstraße 126. Gesangverein „Blüthenkranz" Abends 9 Uhr im Restaurant Brandenburgstraße [illegible] Männergesangverein „Alexander" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible]bergerstraße 8. — Männergesangverein „Arminius" bei Zimmer, [illegible] Nr. 66. — Gesangverein Männerchor „St. Urban" Abends 9 Uhr im [illegible]straße 9. — Männergesangverein „Liedesfreiheit" Abends 9 Uhr [illegible] Wiegel, Stralauerstraße 57. — Gesangverein „Deutsche Liedertafel" [illegible] 9 Uhr Köpnickerstraße 100. — Gesangverein „Norddeutsche Schiffer" [illegible] von 9—11 Uhr Michaelkirchstraße 39. — „Männergesangverein [illegible]" Abends 9 bis 11 Uhr, Frankfurter Bierhallen (Krüger), Gr. Frankfurter[illegible] — „Brunonia" Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Lehmann, [illegible]straße 82. — Turnverein „Hasenhaide" (Lehrlings-Abtheilung) [illegible] Diefenbachstraße 60—61. — „Berliner Turngenossenschaft" [illegible] Abtheilung) Abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle [illegible]straße 17—18; — desgl. 6. Männer-Abtheilung Abends 8 Uhr [illegible] städtischen Turnhalle, Gubenerstraße 51. — Lübeck'scher Turnverein [illegible] Abtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstraße 57—58. — Allgemeiner [illegible] Stenographenverein, Abtheilung „Louisenstadt", Abends 8½ Uhr [illegible] Restaurant Preuß, Oranienstr. 51. — Arends'scher Stenographen[illegible] „Phalanx" Abends 8½ Uhr im Restaurant „Zum Buckower Garten", [illegible]straße 9. — Deutscher Verein Arends'scher Stenographen Abends 9 Uhr [illegible]heldt's Restaurant, Koppenstr. 75. Unterricht und Uebung. — Berliner Stenographen-Verein (System Arends) Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] 9 Uhr. — Stolze'scher Stenographenverein „Nord-Berlin" Abends 9 Uhr [illegible]straße 44. — Verein der „Naturfreunde" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible]straße 35. — Verein der Unruhstädter Abends 8½ Uhr im „Königshof" [illegible] Holzmarktstraße 72. — Verein ehemaliger F. W. Mettichlag'scher [illegible] 1. und 3. Donnerstag jeden Monats im Café Schüler, [illegible] Abends 8 Uhr. — Rauchklub „Kernpilze" Abends 8½ Uhr im Restaurant [illegible] Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub „Arcona" Abds. 9 Uhr bei Zipinski, [illegible]straße 71. — Rauchklub „Dezimalwaage" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] Kraußstraße 66. — Rauchklub „Vorwärts" Abends 9 Uhr bei Herrn [illegible] Restaurant „Zum Amboß", Breslauerstraße 27. — „Orientalischer [illegible]" Abends 9 Uhr im Restaurant Wiechert, Oranienstraße 8. — Rauchklub „[illegible]" Abends 9 Uhr Rüdersdorferstraße 67 bei Wunderlich. — „Kollegia" Abends 9 Uhr bei Thienemann, Skalitzerstraße 66. — Theatergesellschaft „Adlerschwinge" Sitzung 8½ Uhr Gartenstraße 14 bei [illegible] — Musikverein „Vorwärts" Uebung Abends von 9—11 Uhr. [illegible] Neue Mitglieder erwünscht. — Vergnügungsverein „Harmonie" [illegible] Sitzung Fidelitas Invalidenstraße 120. Gäste willkommen. [illegible] Mitglieder.

Verantwortlicher Redakteur: **R. Cronheim** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.